1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 48 vom 2. Dezember 1983 | 17. Jahrgang | 1 DM

Diese Woche

Illegal

Illegal ist es leider, was sich am vergangenen Wochenende in London ereignete. Sechs „Goldfinger", offenbar richtige Experten, holten sich aus einem mit modernster Elektronik abgesicherten Lagerhaus am Londoner Flughafen zwei Kistchen Diamanten und rund drei Tonnen pures Gold.

Dieser Vorgang erregte weltweite Bewunderung. So heißt es nicht nur in einem Artikel der „tageszeitung" in einer Anmerkung aus der Satzabteilung: „Wow! Es gibt noch Abenteuer, die sich lohnen", selbst die brave „Süddeutsche Zeitung" läßt ihren Korrespondenten aus London schwärmen: „Aber die englischen Ganoven sind, nicht wahr, immer noch Sonderklasse". Und so freut man sich allerorten. Denn passiert ist nicht viel, das Gold und die Diamanten sollen irgendwelchen Ölscheichs gehört haben, man gönnt es den cleveren Dieben.

Lange Gesichter haben im übrigen neben Vertretern der Versicherung nur die Londoner Zeitungsmacher gemacht: haben ihnen die streikenden Drucker doch just an diesem Wochenende die Sensationsstory des Jahres genommen, weil sie das Erscheinen der Wochenendzeitungen verhinderten.

Legal

Zur oben genannten Art und Weise der Bereicherung gehört neben einer Portion Mut auch eine Menge Fachkenntnis. Beides braucht man nicht, eher Frechheit und Abgebrühtheit, wenn man sich auf andere Weise bereichert, nicht so plötzlich aber permanent.

Bonn: „Eine bescheidene Einkommensverbesserung" um 520,— DM haben sich die Abgeordneten des Bundestages bewilligt. Insgesamt erhalten sie nun 12520 DM im Monat. Für „Hingabe, Fleiß und viel guten Willen, mit dem für die Republik geschuftet wird", hieß es in der Begründung der CDU.

So ganz neben der täglichen Arbeit dieses Parlaments, den Gesetzen zur Kürzung von Arbeitslosen-, von Kindergeld, von Krankengeld und anderen Beschneidungen haben sie mal wieder voll zugelangt. Daß außer den Grünen alle, CDU, CSU, FDP und SPD voll für die Erhöhung gestimmt haben, sagt eine ganze Menge über das sogenannte Hohe Haus.

Erneut Rekordgewinne der Großbanken

Commerzbank „saniert" — MAN entläßt

Immer wieder aufs neue: Immer dann, wenn die bundesdeutschen Großbanken ihre Geschäftsergebnisse oder, wie jetzt, Zwischenergebnisse, veröffentlichen werden — in welchem Vergleichszeitraum auch immer — neue Rekordgewinne ausgewiesen. In dieser Woche veröffentlichte die Commerzbank ihre Zehnmonatsbilanzen bis Oktober 83. Die kleinste der „drei Großen", vor drei Jahren noch als Kandidat für den Niedergang gehandelt, hat sich ganz im Zuge der beiden anderen Finanzzentren des bundesdeutschen Kapitals an der wirtschaftlichen Krise intensiv saniert.

In den ersten zehn Monaten dieses Jahres verzeichnete die Bank Einnahmen in der Höhe von 1,97 Milliarden DM, denen Ausgaben von 1,24 Milliarden Mark gegenüberstanden. Was ein Plus von 739 Millionen Mark ausmacht. Im Vorjahr hatte es im vergleichbaren Zeitraum schon einen Sprung auf 464 Millionen gegeben, nun noch einmal 275 Millionen oder fast 60 Prozent Gewinnsteigerung. Und dies, wohlgemerkt, obwohl im selben Vergleichszeitraum das gesamt Geschäftsvolumen der Commerzbank stagnierte.

Es wird also rausgeholt, was geht. Selbst die Commerzbank verdient an ihren Finanzmakeleien im Monat 70 Millionen Mark, die Dresdner und vor allem die Deutsche Bank werden in ihren Betriebsergebnissen erneut ein Mehrfaches davon ausweisen.

Wie dies geschieht, ist deutlich: Während die Deutsche Bank beispielsweise ihre Supermillionengewinne nicht zuletzt aus der Verzinsung ihres Geldes in der Stahlindustrie geholt hat, liegt gerade bei der Commerzbank das Beispiel Gutehoffnungshütte-Konzern samt Tochter MAN nahe, bei dem „Commerz" die führende Finanzgruppe ist (was sie gerade eben durch erzwungene Veränderungen im Konzernvorstand nochmals unter Beweis stellte). Während bei der MAN Massenentlassungen angekündigt wurden und vorbereitet, plant man in der Vorstandsetage der Commerzbank bereits mit den dabei zu gewinnenden Geldern.

Klar, daß da die Forderungen der Arbeiterschaft mehr als störend empfunden werden, sozusagen einfach unverschämt. Und für die Topleute dieser Bank, deren Vorständler seit langem ein reines Gehalt von weit über 60000 Mark monatlich haben (ohne daß jemand weißt, was alles dazu kommt), sind schon einfach vorhandene Arbeiter ein bloßer Kostenfaktor, fordernde Arbeiter gar wollen solche Leute natürlich in die Schranken gewiesen sehen — nicht umsonst haben ja gerade die großen Banken die Kampagne von Zeitungsanzeigen des Bankenverbandes gegen die 35-Stunden-Woche vorangetrieben. Wobei sie auf lauthalse Unterstützung der Aktionäre rechnen können, denen gerade eben mal runde 100 Millionen rübergeschoben wurden.

Diese kapitalistische Systemlogik, daß die großen Finanzgruppen und ihre Bankzentren an der Krise, Rekordgewinne machen, zeigt sich auch in anderen kapitalistischen Ländern, wobei viele Kopfschmerzen haben, weil sie im Vergleich zur Konkurrenz weniger Gewinn machen. Ähnliche Kopfschmerzen werden auch die Herren von der Commerzbank haben. Aber es sind ihre Sorgen — von denen sie sich auf Kosten der Arbeiter befreien wollen. Ein Spieß, der umgedreht werden kann. Und muß.

Im Bonner Bestechungsskandal

Endlich Anklage erhoben

Lambsdorff bestechlich

BONN. 29.11.83 — Nach langer mühevoller Ermittlungsarbeit hat die Bonner Staatsanwaltschaft vergangenen Dienstag endlich Anklage im Bonner Korruptionsskandal erhoben. Führende Männer des Flick-Konzerns und Bonner Politiker werden der Bestechung beschuldigt. Erhärtet wurden auch die Vorwürfe gegen den Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff, der nach Aufhebung seiner parlamentarischen Immunität auch angeklagt werden soll.

In der sogenannten Flick-Affäre geht es um ein Millionen-Geschäft des Konzerns. Um Milliarden aus dem Verkauf von Daimler-Benz-Aktien nicht versteuern zu müssen, kaufte er sich für Hunderttausende Mark in Bonn Politiker. gegen Bargeld gekauft wurden.

450 Millionen Mark Steuerersparnis gegen einige hunderttausend Mark an Abgeordnete und Minister — da kommt ein Stück Licht in das Dunkel der parlamentarischen Spielregeln der Bundesrepublik. Wie die



Der Konzernherr und sein Bestecher: Flick und von Brauchitsch

Die entscheidenden Figuren in diesem schmutzigen Spiel des Konzernherrn Flick waren sein Manager Brauchitsch und die Minister Friderichs (heute Chef der Dresdner Bank) und der Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff. Ihnen allen konnte nachgewiesen werden, daß politische Entscheidungen in Bonn vom Flick-Konzern Politiker darauf reagieren, war bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe noch nicht bekannt — nur eines war sicherlich kein Zufallstermin: Am Tage der Pressekonferenz der Staatsanwaltschaft traf sich Franz-Josef Strauß mit Helmut Kohl ...

Wir werden in der nächsten Ausgabe ausführlich berichten.

Nach dem Bonner „Ja" zu neuen US-Raketen:

Gefährlicher „Eiertanz" der Supermächte

Hin und her geht es im Verhältnis der beiden Militärblöcke seit dem entscheidenden Schritt für die NATO-Aufrüstung, dem Beschluß des Bonner Bundestages. Taktik bestimmt das Auftreten: Drohgebärden wechseln mit angeblicher Verhandlungsbereitschaft, Abbrüche mit Fortsetzungen von Verhandlungen, kurz: Es werden alle Register gezogen.

Daß die Bonner Entscheidung das Wichtigste an diesem ganzen Prozeß war und nicht die in Rom oder London, zeigt sich vor allem daran, daß nun erst allgemein davon ausgegangen wird, daß der NATO-Rüstungsbeschluß von 1979 auch verwirklicht wird.

Der Abbruch — zumindest vorläufig — der Genfer Verhandlungen durch die UdSSR ist insofern nur eine logische Folge der gesamten Entwicklung. Wenn Reagan sich darüber öffentlich „bestürzt" zeigt, dann äußern zur selben Zeit seine Berater, daß ja, über Interkontinentalraketen beispielsweise, weiterverhandelt werde, also alles halb so wild sei. Und in der Tat können wohl gerade die Reaganleute nicht überrascht sein — ihre Äußerungen sind denn eh ein weiterer Beweis dafür, daß auch sie, unter dem Druck der Friedenskräfte im eigenen Land mindestens in ihrer Wortwahl etwas vorsichtiger werden mußten als früher.

Der sowjetische Beschluß hingegen, nun endgültig in der DDR und der CSSR ebenfalls neue atomare Mittelstreckenraketen zu stationieren ist keinesfalls notwendig zwingend aus der bisherigen Entwicklung. Sondern dieser Beschluß ist Ausdruck davon, daß die sowjetische Partei- und Staatsführung nach imperialistischer Logik handelt. Die reaktionäre und völkerfeindliche These vom sogenannten „Gleichgewicht des Schreckens" ist es, die diese Handlungsweise leitet.

So werden denn beide Blöcke weiter hochgerüstet. So werden denn beide deutschen Staaten mit Atomwaffen vollgestopft, Waffen, über die die beiden Supermächte das Kommando haben. Der herrschenden Klasse in der Bundesrepublik mußten diese Raketen keineswegs aufgezwungen werden, sie waren und sind Teil ihres Kalküls.

Alles dies zeigt um so deutlicher, daß ein Friedenskampf, der darauf orientiert wird, Verhandlungen der Supermächte oder der Militärblöcke zu fordern, keine Erfolgsaussichten haben kann. Erfolg hat nur der Kampf im eigenen Land, gegen die Pläne der eigenen Regierung, der herrschenden Kapitalistenklasse. Und das heißt im konkreten Fall Bundesrepublik eben auch verstärkt für den Austritt aus der NATO zu kämpfen, was sowohl die Kriegspläne der NATO als auch Bonns schwächen und durchkreuzen würde.

Niederlande

Streiks im öffentlichen Dienst

Am meisten erfährt man über die aktuellen Arbeitskämpfe in den Niederlanden aus den westdeutschen Verkehrsnachrichten. Staus an den Grenzübergängen, Meldungen von Dienst nach Vorschrift der Zöllner sind Anzeichen für einen harten Arbeitskampf, der in den Niederlanden ausgefochten wird.

Hintergrund ist ein Beschluß der Regierung, Löhne und Gehälter der rund eine Million Beschäftigten im öffentlichen Dienst ab 1. Januar um drei Prozent zu kürzen. Da wird eine alte Taktik angewandt, sich zunächst an die heranzumachen, die wegen ihrer „Treuepflicht" gegenüber dem Staat, als Beamte oder wegen ihrer öffentlichen Aufgaben, die alle Bürger betreffen, schwerer Arbeitskämpfe durchführen können. Die Lohnsenkung im öffentlichen Dienst soll nur der erste Schritt einer allgemeinen Lohnabbaubewegung sein.

In den Niederlanden ist die Regierung allerdings auf entschiedenen Widerstand gestoßen. Seit Tagen sind ganze Städte und Regionen ohne Post, Briefe und Pakete werden nicht mehr ausgeliefert, Eisenbahn und Busverbindungen fallen entweder aus oder die Anschlüsse funktionieren nicht mehr, in vielen Gemeinden wird der Müll nicht mehr abgefahren, die Abfälle türmen sich. Jetzt wollen auch Lehrer und Steuerbeamte Kampfmaßnahmen ergreifen.

Zwar ist ein allgemeiner Streik gerichtlich verboten worden, aber „Dienst nach Vorschrift" oder kurze Arbeitsniederlegungen kann man nicht verhindern, und so sind im Zusammenspiel der vielen Betroffenen noch eine Menge Aktionen zu erwarten, die den Lohnsekungsmaßnahmen der Regierung einen Riegel vorschieben können.

CDU mobilisiert die Reserven fürs Kapital

Offensive gegen 35-Stunden-Woche weiter verstärkt

Aus allen Rohren feuerten Kapitalisten und ihre Wunschregierung am vergangenen Wochenende gegen die gewerkschaftliche Forderung nach der 35-Stunden-Woche. In Presse und Fernsehen und auf zahllosen Tagungen, Konferenzen und Veranstaltungen aller Art wurden schwere Geschütze aufgefahren.

Bei der Bundestagung der CDA erreichte es Norbert Blüm, daß die Arbeiterorganisation der CDU sich für die Vorschläge „ihres" Ministers zur vorgezogenen Rente einsetzte — dafür durfte an Albrecht und George mit ihren Strategiepapieren für weiteren Sozialabbau Kritik geübt werden. Ausgerechnet Heiner Geißler, ansonsten eher bekannt als Fachmann für Beschimpfungen und klerikale Familienduselei, hielt auf derselben CDU-Konferenz ein Grundsatzreferat zur Gewerkschaftspolitik.

Zum ersten Mal nach dem Vorstoß von Strauß 1980 drohte dabei wieder ein prominenter CDU-Funktionär mit der Gewerkschaftsspaltung. die vielen CDU-Mitglieder in den DGB-Gewerkschaften zahlten schließlich nicht ihre Beiträge, so Geißler, um damit jene zu finanzieren, die aus ideologischen Gründen gegen die Regierung agitierten, statt sich mit ihr auseinanderzusetzen. Die Gewerkschaften müßten heraus aus den Schützengräben gegen die Regierungspolitik und aktiv zusammenarbeiten. Sonst...

Deutlich auch die Sprache bei verschiedenen Aktivitäten in Bayern. Während Stoiber die „sachliche Diskussion" zwischen Regierung, Kapital und Gewerkschaften forderte, tobte zur selben Zeit der Sprecher der bayerischen Metallkapitalisten die Forderung nach der 35-Stunden-Woche sei ein Rückfall der Gewerkschaften „in die verfehlte Politik der letzten 14 Jahre".

Nach der DGB-Kritik an seinen Äußerungen ließ Kanzler Kohl sozusagen demonstrativ mitteilen, daß er am vergangenen Montag ein Spitzengespräch mit den Vertretern der Kapitalistenverbände haben werde. Dies war zusammen mit der gleichzeitigen Ankündigung der NRW-Metallkapitalisten, man werde Kampfaktionen auf jeden Fall mit Aussperrung begegnen, ein Höhepunkt der zahllosen Aktivitäten an einem einzigen Wochenende. Was erneut, und deutlicher als vorher, klar macht, wie wichtig die Kapitalisten es ist, diese Forderung, ihre Erfüllung zu verhindern. Längst haben Kapital und Politik begriffen, und entsprechend gehandelt, daß es sich dabei um eine Machtfrage handelt und keineswegs bloß um eine wirtschaftliche Forderung der Gewerkschaftsbewegung.

Mit wenigen Gegenstimmen angenommen — Aufruhr erzeugt

Bremer Metall-Vertrauensleute fordern Überstundenboykott

Auch in Bayern fordern die Kapitalisten „Überstundenfreiheit"

Vertrauensleute der Bremer Vulkan-Werft brachten auf die Vertrauensleutevollversammlung der IG Metall in Bremen einen Antrag auf eine Kampagne zum Überstundenboykott ein, der mit wenigen Gegenstimmen angenommen wurde.

Der Antrag lautet:

„Die Vertrauensleutevollversammlung möge beschließen, einen Überstundenboykott für eine begrenzte Zeit zu einem ganz bestimmten Zeitpunkt gleichzeitig in allen Betrieben der Verwaltungsstelle Bremen durchzuführen.

Gleichzeitig muß in einer Flugblattaktion der Verwaltungsstelle Bremen darauf aufmerksam gemacht werden, daß dies die Einleitung zum Kampf um die 35-Stunden-Woche sein soll.

Die Ortsverwaltung stellt sicher, daß sich alle Betriebe an dieser Aktion beteiligen werden."

Dabei wird berichtet, daß gerade in der Diskussion um diesen Antrag immer wieder der Zusammenhang zum Kampf um die 35-Stunden-Woche hergestellt worden sei.

Sofort am nächsten Tag reagierte der Verband der Metallindustriellen mit einer Stellungnahme, die in der Aufforderung „Hände weg vom Überstundenboykott" gipfelte. Dies würde weitere Entlassungen bedeuten, da dann kurzfristig Aufträge nicht mehr bearbeitet werden könnten, so die knappe und demagogische Schlußformel. Was natürlich dann stimmt, wenn der Unternehmerprofit zum Heiligtum erklärt wird, wie es diese Herren gerne hätten.

Ähnlich reagierten ja im übrigen auch die Chefs und Sprecher des bayerischen Verbandes der Metallkapitalisten, denn dort hatte, wie auch in Baden-Württemberg, die Große Tarifkommission der IGM auch Forderungen zur Einschränkung der Überstundenleistung erhoben. Dort hieß es, „die Beweglichkeit der Betriebe im Ringen um Aufträge" werde eingeschränkt.

In diesem Zusammenhang bekommt der mit großer Mehrheit verabschiedete Beschluß der Bremer IGM-Vertrauensleute seine Bedeutung, ist er doch tatsächlich eine Ausformulierung dessen, was zur wirklichen Wirksamkeit der 35-Stunden-Woche auch not tut.

Korrespondenz aus Duisburg

Widerstand bei Thyssen — auf Sparflamme gehalten

Kahlschlagpläne bei Thyssen rufen auch dort Protestaktionen hervor. So jedenfalls war der eindeutige Tenor der üblichen Presseberichterstattung. Was ja auch stimmt. Einen Blick sozusagen „hinter die Kulissen" tut unser Duisburger Leser, der diese Korrespondenz verfaßt hat. Interessant genug, auch hier zu sehen, wie es abläuft, daß der ganze Protest „im Rahmen" gehalten werden soll.

Nach Veröffentlichung des „Konzepts 900" des Vorstands der Thyssen Stahl AG am 4.11. steht jetzt also fest, in welchen Bereichen Stillegungen bzw. Entlassungen (über Sozialplan) vorgenommen werden sollen.

Für den gesamten Stahlbereich (einschl. Edelstahl) ist ein Abbau von 10000 Arbeitsplätzen vorgesehen, bis einschließlich 1985, wobei schon jetzt vom Vorstandsvorsitzenden Kriwet betont wird, daß es nicht bei 10000 bleiben wird, wenn die Stahlnachfrage weiter absinkt.

Die vorgesehenen (teilweise bereits vollzogenen) Stillegungen bedeuten an sich keine Überraschung. Bis auf den Hüttenbetrieb in Duisburg-Meiderich hatten wir sie so erwartet bzw. hatten sie sich so abgezeichnet.

Für einige wesentliche Bereiche (z.B. schwere Profile, Draht, leichte Profile und speziell für das Oxigenstahlwerk in Ruhrort) enthält das „Konzept 900" keine abschließende Lösung. Es ist uns inzwischen auch zu Ohren gekommen, daß Überlegungen angestellt werden, die 2. Grobblechstraße (4,2-m-Straße) in Hattingen einzusparen. Sollte eine Stillegung erfolgen, bedeutet dies das Aus für Hattingen als Stahlstandort.

Je nach dem in welcher Weise eine umfassende Kooperation oder doch noch eine Fusion mit Krupp Stahl erfolgt, sind weitere Stillegungen in Duisburg bzw. Du-Rheinhausen und in Bochum abzusehen.

Die IGM hat bis zum heutigen Tag keine Maßnahmen ergriffen, um die Kollegen in den Betrieben, die von Stillegung betroffen sind, zu wirksamen Gegenmaßnahmen zu mobilisieren. Im Gegenteil unternehmen IGM und die Betriebsräte bis jetzt alles, um keine „Unruhe" entstehen zu lassen.

Nach Bekanntwerden des „Konzepts 900" am 4.11. informierten die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses die Betriebsräte und am Montag (7.11.) die Vertrauenskörper. Protestmaßnahmen wurden nicht eingeleitet. Daß dann am Dienstag (8.11.) dennoch ca. 500 Kollegen am Tor 1 der Stahl AG in Hamborn einen Warnstreik durchführten, ist auf einen Aufruf von „Mitgliedern der IG Metall" zurückzuführen, der am Dienstag morgens an den Toren der Hamborner Werke verteilt wurde.

Die Zahl der Teilnehmer hätte weitaus größer sein können, wenn nicht die Betriebsräte im Betrieb rumgelaufen wären und rumtelefoniert hätten, um die Kollegen, die teilweise schon die Anlagen stillgesetzt hatten (Block- und Profilwalzwerk, Brammenstraße) wieder an die Arbeit zu scheuchen. Danach ist die IGM-Blase erst richtig in Wallung geraten. Alles fahndete nach den Verfassern des Aufrufs; alle möglichen Leute wurden verdächtigt oder wegen des Flugblatts beschimpft. Besonders die Jugendvertretung wurde unter Beschuß genommen, weil die gesamte Hamborner Lehrwerkstatt einschließlich Ausbilder am Warnstreik teilgenommen hatten.

Am Mittwoch (9.11.) fand eine IGM-Mitgliederversammlung für den Vertreterwahlen statt. Dort wurde das Thema „Konzept 900" zwar auf die Tagesordnung gesetzt, aber Beschlüsse betreffs irgendwelcher Protestmaßnahmen wurden nicht gefaßt.

Erst am 23.11., fast drei Wochen nach Bekanntwerden des Rationalisierungskonzepts, kam jetzt der Aufruf zum Warnstreik durch die Betriebsratsvorsitzenden. Die Begründung für den Warnstreik zeigt allerdings, welchen Weg die IGM zu gehen gedenkt:

„Die Betriebsräte wollen damit der Forderung Nachdruck verleihen, daß der Unternehmensvorstand endlich konkret nachweist, wie sich die genannte Zahl über den Abbau von rund 10000 Arbeitsplätzen zusammensetzt."

Die Stimmung unter den Kollegen ist gut. Die große Mehrheit ist sauer und will etwas tun. Das zeigte sich schon bei der spontanen Protestaktion am 8.11.

Auch jetzt erwarten die Kollegen sich einiges vom Warnstreik am 24.11.

Es zeigt sich mehr und mehr, daß die IGM, die BR und auch die VKL nur bremsen.

Am 24.11. versammelten sich um 10.00 Uhr nur ca. 2000 Kollegen einschließlich Ausbildungszentrum, das wieder geschlossen teilnahm, am Tor 1. (Laut Presseberichten waren es 5000 Teilnehmer, aber das ist stark überzogen. Auch waren es nicht 1300 Lehrlinge, sondern knapp 400).

Bei früheren Warnstreiks, zu denen die BR und Vertrauensleute voll mobilisiert hatten, waren es 5000 Teilnehmer. Dann hat aber die Hamborner Hütte gestanden. Von irgendwelchen Stillständen während des Warnstreiks am 24. ist nichts bekannt.

Die Stimmung unter den versammelten Kollegen war kämpferisch. Der Vorstand fühlte sich aber nicht gemüßigt vor den Kollegen Rede und Antwort zu stehen. Zur gleichen Zeit tagte der Aufsichtsrat im Verwaltungshochhaus.

Die relativ geringe Beteiligung an der Protestversammlung vor Tor 1 bzw. vor dem Hochhaus lag daran, daß nur die Kollegen am Hochofen, der Kokerei und des Stahlwerks überhaupt von den Betriebsräten dazu aufgerufen worden waren, zum Tor 1 zu gehen. Viele Kollegen blieben in ihren Betrieben, wo kleinere Versammlungen abgehalten wurden und verschiedene BR die Kollegen mit allen Mitteln davon abhielten, zum Tor 1 zu gehen. Viele Kollegen fühlten sich verarscht und machten sich verärgert wieder an die Arbeit.

In den Betrieben Protest auf Sparfalmme — nach außen hin großes Tam-Tam.

So etwa könnte das Résumé der bisherigen Aktivitäten lauten.



Demonstration von TNO-Arbeitern und Oberhausener Bürgern

Hinweise

Veranstaltung der KPD München

„Frieden, den sie meinen..." (oder: Was haben Nichtpazifisten wie wir in der Friedensbewegung zu suchen?)
Donnerstag, den 8. Dezember, 19.45 Uhr
im „Turner Gustl", Maistraße, München 2

Seminar der KJD

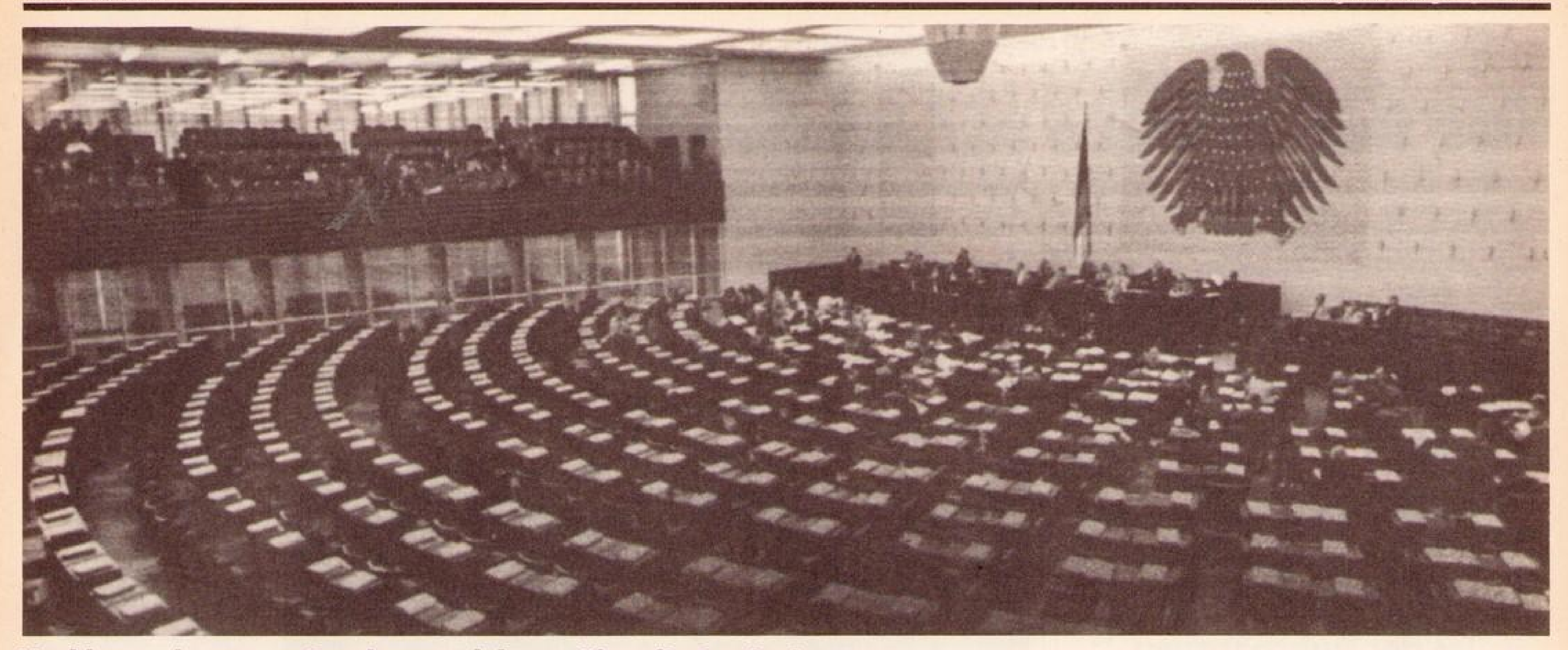
„Die Göttin Muse und der Klassenkampf!?" (oder: Kultur kann Spaß machen)
Arbeitsgruppen zu: Linolschnitt, Lay-Out, Filmvorführlehrgang, Wandmalerei, KJD-Band, Feten machen (mit Anwendung am Samstagabend)
Am: 10./11. Dezember, Beginn Samstag 12 Uhr (mit Mittagessen)
Preis: 25,— DM (für alles, für Samstagabendfete was zu essen mitbringen)
Anmeldung ab sofort telefonisch bei der KJD-ZL (0231) 433691

Fernsehtip

Dienstag, den 6. Dezember, 20.15 Uhr
in WDR 3
„Albanien"
Ein Film über die SVR Albanien, der in Zusammenarbeit mit der Deutsch-Albanischen Freundschaftsgesellschaft vorbereitet wurde.

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postscheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.



Nachbetrachtung zur Bundestagsdebatte über die Stationierung

ERMÄCHTIGUNG'83

Es gab einmal Zeiten, lang, lang ist es her, da wagten Berichterstatter über Bundestagsdebatten noch das Wort von der „Sternstunde des Parlaments" zu benutzen. Ob einst gerechtfertigt oder nicht, sei dahingestellt, diesmal wagte es jedenfalls keiner.

Eine Sammlung von Plattheiten bei Kohl und Wörner, die Verhaspelei Willy Brandts und die — bis auf eine Ausnahme — moralischen Ergüsse von Petra Kelly waren nun auch wahrlich kein Grund für solcherart Lobeshymnen. Einzig Helmut Schmidt begründete seine reaktionäre Position mit einer Rede, die das Prädikat „groß" verdiente.

Schon am Montag, als die Akteure die Arena verließen, hätte es in jedem anderen Stadion Pfiffe aus der Nordkurve gegeben. Vor allem für den schon vorher feststehenden Sieger, die Parteien der Regierungskoalition. Ihre Hauptargumente, es müsse stationiert werden, weil die BRD und die westeuropäischen Staaten ansonsten erpreßbar würden, weil gerade die Bonner Regierung den anderen NATO-Staaten ihre Verläßlichkeit demonstrieren müsse, waren ebenso abgegriffen wie platt und falsch.

In Italien, so Manfred Wörner, werde bereits stationiert, und was die Italiener dann wohl von den Deutschen denken würden, wenn die jetzt ausscherten. Daß für diese Stationierung in Comiso eine marode Regierungskoalition die Verantwortung trägt, daß auch dort Millionen protestierten (und viele nicht, weil es eben auf Sizilien geschieht), daß auch eine Partei wie die PCI durch ihren mehr als halbherzigen Widerstand Mitverantwortung trägt — alles das, um nur das Auffälligste zu nennen, wurde in der Diskussion nicht erwähnt. Und die sowjetische atomare Erpressung, seit langem als Ersatzargument für die einst behauptete unmittelbare Kriegslüsternheit der UdSSR im Gebrauch, ist, auch ohne die Betrachtung der gesamten Umstände und Bedingungen, doch zumindest ein zweischneidiges Ding. Zumindest insofern, als es auch die Möglichkeit der atomaren Erpressung durch die USA gibt — was natürlich ebenfalls nicht diskutiert wurde.

So wenig inhaltsreich von den Regierungsparteien die Sachdebatte geführt wurde, so phantasievoll waren vor allem verschiedene Sprecher der Unionsparteien bei ihren wiederholten verleumderischen Ausfällen. Da wurden Mahnwachen vor den Häusern von Abgeordneten als Nazi-Methoden diffamiert, wie überhaupt jede Regung, die auch nur irgendwie nicht ganz in das übliche parlamentarische Schema dieses Bundestages paßte, so behandelt wurde. So verständlich es sein mag, daß die politischen Fürsprecher der atomaren Hochrüstung sich verfolgt fühlen, wenn sie wegen ihres Verhaltens zur Rede gestellt werden (und nur eben das: zur Rede gestellt, nicht etwa zur Rechenschaft gezogen) **so sehr ist es doch auch eine absurde Verkehrung der Tatsachen, wenn ausgerechnet diese kalten Krieger ihren Gegnern Nazi-Methoden vorwerfen.** Denn Hochrüstung und Kriegstreiberei sind, wenn schon eine solche Meßlatte angelegt wird, ja nun Nazi-Methoden allemal näher als der Protest dagegen. Um so enttäuschender der entsprechende Rückzug von General Bastian gerade zu diesen Mahnwachen, die er abgebrochen sehen wollte. Und näher an den Nazi-Methoden als mit bunten Kirchentagstüchern in den Plenarsaal zu kommen ist es ebenfalls allemal, wenn ein Mann wie Alfred Dregger (obwohl laut ARD-Stellungnahme keinesfalls Vorbild für die einstige „Ekel-Alfred"-Serie) vom 53er Aufstand in „Mitteldeutschland" redet. Seine Vorstellung vom Deutschen Reich in den Grenzen von 1937 — die ja untrennbar mit einer solchen Formulierung verbunden ist — kommt jedenfalls nazistischen Begriffen sehr nahe — höchstens noch nicht ausgedehnt genug.

Freiheit, die sie meinen ...

War die Bundestagsdebatte selbst also mehr ein Armutszeugnis denn eine Sternstunde dieses Parlaments, so waren die gesamten Umstände, unter denen sie stattfand, ebenfalls ein Zeugnis: Davon nämlich, wie undemokratisch dieses repräsentative parlamentarische System ist.

Für das, was an diesen Tagen und zuvor an Widerstand sichtbar war, was an Debatten lief und läuft in einer eine Ganze Generation — mindestens — nicht dagewesenen politischen Breite in der Bevölkerung, hatten die Abgeordneten im Deutschen Bundestag, mit Ausnahme der Grünen, nicht viel übrig. Während die sozialdemokratischen Parlamentarier eifrigst beflissen und ununterbrochen darauf verwiesen, daß natürlich jeder Widerstand sich an die Legalität zu halten habe und selbstverständlich der Bundestag frei müsse entscheiden können (wofür denn ja auch der SPD-NRW-Innenminister Schnoor mit seinen Polizeitruppen sorgte) machten die Abgeordneten der Regierungsparteien offen Front gegen jeden Widerstand. Man werde sich nicht dem „Druck der Straße" beugen, man werde die „Demoskopievermutungen" nicht beachten, das waren die beiden zentralen Argumente dabei. In der „freien" Debatte fühlen sich diese Herren dabei schon durch das Tragen von Tücher belästigt, weshalb es im Plenarsaal zu Auseinandersetzungen und vor dem Bundestagsgebäude sogar zu Festnahmen von Fraktionsmitarbeitern der Grünen kam. Ein wahrlich einmaliger Vorgang.

Die logische Argumentationskette lautet dabei etwa so: „Bei uns herrscht Demokratie, wer das anzweifelt ist kein Demokrat". Und: „Der Bundestag entscheidet frei, wer dann noch dagegen ist, ist gesetzlos". **Und dies kann man in der Tat als eine Art Ermächtigungsgesetz auslegen. Einmal gewählt, können diese Herren tun und lassen, was ihnen beliebt, das ist die plumpe Quintessenz solcher hochtrabender Aussagen.**

Was ihnen beliebt? Natürlich nicht, was ihnen als Person belieben mag. Sie beugen sich zwar nicht dem, was sie den Druck der Straße (einst hieß es: des „Pöbels") nennen. Daß sie gegenüber dem Druck größerer Industriespenden keineswegs so standhaft sind, hat nicht erst die Flick-Affäre bewiesen. Daß die bei Bedarf stets vielgerühmte Unabhängigkeit des Abgeordneten nicht etwa der Parteimaschine gegenüber gilt, die ihn aufgestellt hat, ist wohl zur Genüge bekannt. Die daraus zu ziehenden Schlußfolgerung ist eindeutig: Unabhängigkeit des Abgeordneten gilt nicht gegenüber der Macht des Geldes und der Parteiapparate, sondern nur gegenüber dem Wähler.

Immer dann, wenn die Grünen auch nur Ansätze machen, dieses — nicht umsonst bei der politischen Reaktion so beliebte — Prinzip auch nur ansatzweise anzukratzen, werden sie in die Ecke der Verfassungsfeinde, antiparlamentarischen Kräfte usw. gestellt. Es entspricht durchaus dem, wenn in der Verfassung steht, alle Macht gehe vom Volke aus, und nicht etwa, werde von ihm ausgeübt. **Einen Blankoscheck für vier Jahre nach einem Wahlkampf, in dem mit der Aufschwunglüge operiert wurde — das ist in der Wirklichkeit das Ergebnis dieses repräsentativen Systems.**

Machtfragen

Nicht umsonst stand denn auch neben der Grundsatzdebatte um die Mitgliedschaft der BRD in der NATO, die in diesen Tagen verstärkt geführt wurde, auch eine andere grundsätzliche Frage zum ersten Mal recht intensiv im ganzen Land in der Debatte: Die nach dem Volksentscheid.

Hysterisch die Reaktionen — soweit vorhanden — bei den Regierungsparteien: Das wäre eine grundlegende Veränderung „unseres" politischen Systems. Es wäre zumindest eine Bremse gegen die selbstherrliche und mit riesigen Polizeiaufgeboten abgesicherte Ermächtigung auf vier Jahre hinaus zu tun und zu lassen, was den „Volksvertretern" beliebt. **Mit anderen Worten: Ein Volksentscheid über die neuen amerikanischen Raketen hätte mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit einen anderen Beschluß erbracht als den, der jetzt im Bundestag durchgepeitscht wurde.** Und das ist natürlich auch der Grund, weshalb ein solches Recht so sehr gefürchtet wird.

Gefürchtet aber — leider — keinesfalls nur von der politischen Reaktion, der CDU/CSU und FDP, den rechten Sozialdemokraten, sondern auch von demokratischen Strömungen. So waren es ja in einigen Sachfragen politisch eher links stehende SPD-Abgeordnete, die auf dem Hearing der Grünen sogar ein konsultative Volksbefragung ablehnten. Und auf dem Parteitag der Grünen in Duisburg am vorletzten Wochenende wurde gerade die Diskussion über die Forderung nach einem Volksentscheidsrecht vertagt. Die Argumente aus diesen Kreisen sind dabei sozusagen seit Jahrzehnten dieselben. Dann würde auch die Todesstrafe durchkommen — so oder ähnlich das Standard-Gegenargument.

Es ist die Furcht vor dem Volk, die Angst vor der „unbekannten Bestie", die solch ein Verhalten prägt. Weil man eigentlich nicht daran glaubt, daß „die Masse" politischen Argumenten zugänglich ist. Weil man nicht daran glaubt, daß man bei einem Volksentscheid mit einer politischen Kampagne Erfolge im Sinne des politischen Fortschritts erzielen kann.

Aber um dieses Argument zu entkräften, muß man gar nicht in allgemeine Betrachtungen übergehen und auch nicht eine Latte von Beispielen, die durchaus einen anderen Verlauf nahmen, anführen (etwas über das AKW Zwentendorf in Österreich oder die EG-Mitgliedschaft in Norwegen). **Sondern man sollte daran erinnern, daß die Alternative dazu eben das ist, was es heute gibt: Einen zu allem ermächtigten Bundestag.** Eine reaktionärere Entscheidung als die, die jetzt im Bundestag getroffen wurde, wäre auch bei stärkster reaktionärer Gesinnung bei einem Volksentscheid nicht möglich gewesen. Nein, die Forderung nach einer Ausweitung der demokratischen Rechte, eben auch nach einer Einführung des Volksentscheids ist nicht nur berechtigt, sondern auch im Angesicht gerade dieser jüngsten Bundestagsbeschlüsse noch notwendiger geworden.

Für unsere Partei, für die KPD, wie für alle Revolutionäre und Sozialisten, müssen diese Ereignisse die Konsequenz haben, deutlicher und konkreter als bisher zu zeigen, daß echte Massendemokratie nur im Sozialismus zu verwirklichen ist. Ganz so, wie es Karl Marx schon vor über 100 Jahren und keineswegs überholt sagte, daß es darum gehe, die parlamentarischen Körperschaften im Dienste des Kapitalismus abzuschaffen zugunsten der Macht der vom Volk gewählten und ihm verantwortlichen Räte. Die eben keine Ermächtigung bekommen, weder für vier Jahre noch für irgendeine andere Frist. Wenn solche „Verfassungsfragen" nicht mehr abstrakte Themen sind, sondern in der realen Debatte stehen, dann wird es sich zeigen, daß ein solcher Sozialismus für die Arbeiterklasse, für die werktätigen Menschen in dieser Republik nicht nur Vorteile bringt, sondern auch von ihnen gewollt wird. Dann wird es nicht mehr heißen „Alle Macht geht vom Volke aus", was zu solchen antidemokratischen Entscheidungen führt, sondern es wird heißen „Alle Macht üben die Arbeiterklasse und die mit ihr verbündeten Klassen und Schichten aus". Und das bedeutet vielfältigste Möglichkeiten für die Arbeiterschaft und die Werktätigen, selbst zu entscheiden, Entscheidungen zu kontrollieren.

Aus „Vor Ort", Betriebszeitung der KPD für den Ruhrbergbau

Vor der Hacke ist es duster!

Der folgende Artikel aus der RAG-Betriebszeitung der KPD setzt sich ausführlich mit den akutellen Problemen des Kohlebergbaus auseinander. Den Geheimabsprachen der reaktionären Führung der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie (IGBE) setzt er Vorschläge zur Lösung dieser Krise entgegen, die im Interesse der Bergarbeiter liegen. Weil dies eine umfassende Stellungnahme zu diesen Problemen ist, geben wir den Artikel ungekürzt wieder. Hervorhebungen sind von der Redaktion.

Bei der Kohlerunde in Bonn wurde vereinbart, die Steinkohlenförderung um 10 Millionen Tonnen zu kürzen. Auf der RAG-Aufsichtsratssitzung wurde erst einmal bekanntgegeben, daß etwas mehr als 7 Mio. Tonnen Kohle weniger pro Jahr gefördert werden soll.

Aber jetzt schon ist klar: diese Kürzung reicht nicht!

Jede Tonne Stahl weniger bedeutet auch rund eine Tonne weniger geförderte Kohle. Aber zu der Krise im Stahl kommt noch ein in Zukunft sinkender Verbrauch auch an Kraftwerkskohle. Durch die Krise der gesamten Wirtschaft steigt der Stromverbrauch nicht mehr im Tempo früherer Jahre — sämtliche Vorausschätzungen haben sich als falsch erwiesen. In Zukunft gehen immer mehr Atomkraftwerke ans Netz, dadurch werden die Strommonopole immer weniger Kraftwerkskohle verfeuern, weit weniger, als im sogenannten Jahrhundertvertrag über den Einsatz von Kohle in Kraftwerken vereinbart wurde.

Allen Beteiligten an der Kohlerunde war dies klar. Aber diese Tatsachen aus den Geheimverhandlungen werden den Kumpels verschwiegen. **IGBE und CDU haben zwei gewichtige Gründe, die Vereinbarungen und Nebenabreden geheim zu halten.** Im Frühjahr 1984 sind auf den Schachtanlagen Betriebsratswahlen. Adolf Schmidt und Niggemeier haben Angst, daß die Auswirkungen der Kohlerunde — völlige Erfolglosigkeit für die IGBE — Wut und Enttäuschung bei den Kollegen wecken, die nicht ohne Folgen für die Betriebsratswahlen bleibt. Die CDU will ihre Wahlchancen bei der Kommunalwahl 1984 und bei der Landtagswahl 1985 in NRW für den Kohl-Freund Worms nicht gefährden. IGBE und CDU haben vor, uns die Wahrheit über die Zukunft des Bergbaus erst nach 1985 scheibchenweise beizubringen. Während Kohl und Lambsdorff weiter das Märchen von der „Kohlevorrangpolitik" erzählen, sind die Weichen schon in Richtung Kahlschlag bei Kohle und Ausbau der Atomkraftwerke gestellt. Wenn die im Bau befindlichen Kernkraftwerke fertiggestellt sind, und dann insgesamt viel zuviel Kraftwerksleistung installiert ist, werden uns die CDU-Chefs vorrechnen, daß es billiger ist, Kohlekraftwerke stillzulegen als Atomkraftwerke einzumotten. Und Adolf Schmidt wird uns wieder dramatisch in der „Einheit" schreiben, gegen diese von den Kapitalisten vorgelegten Zahlen und „harten Fakten" kann man nichts machen, als weiteren Stillegungen zuzustimmen. „Radbod" und „Osterfeld" sind die nächsten Schachtanlagen, die auf der heimlichen Stillegungsliste stehen, auch wenn das heute noch dementiert wird, und diesen Anlagen werden weitere folgen.

Auf den „Jahrhundertvertrag" kann man nicht bauen!

Noch wird in der „Einheit" geschrieben, daß der Vertrag mit der Elektrizitätswirtschaft langfristig unsere Arbeitsplätze sichert. Kernstück des sogenannten Jahrhundertvertrages ist die Verpflichtung für die Kraftwirtschaft, jährlich steigende Mengen Kohle abzunehmen, zwischen 1981 und 1990 von 33 Mio. Tonnen auf 45 Mio. Tonnen pro Jahr.

Aber bei Vertragsabschluß gingen die Beteiligten von einer Zuwachsrate des Stromverbrauchs von 3—5 Prozent pro Jahr aus. Die Entwicklung geht aber seit Jahren in eine andere Richtung. 1981 stieg der Stromverbrauch nur um 0,6 Prozent, 1982 sank er sogar um 0,8 Prozent. Die Industrie nahm sogar 2,8 Prozent weniger Strom ab.



Durch die Rationalisierungsinvestitionen und Kapazitätsabbau in allen Bereichen der Wirtschaft wird der Stromverbrauch weiter sinken.

Vor allem aber: die Atomkraftwerke kommen. Bis 1985 sollen die Atomkraftwerke Krümmel, Grundremmingen I und II, Grohnde und Philippsburg fertig sein. Bis 1990 sind über 13000 Megawatt **zusätzliche Kernkraftwerksleistung** genehmigt und im Bau (für Kohlekraftwerke: 7000). Wenn wirklich noch mehr Strom gebraucht wird — er kommt aus Atomkraftwerken und nicht aus Kohlekraftwerken. Die Rechnung ist einfach: 1982 stammten 31,6 Prozent des produzierten Stroms aus Steinkohle und 16,4 Prozent aus Atomkraftwerken. Bis 1990 wird der Anteil des Atomstroms auf 30 Prozent steigen. Das geht natürlich zu Lasten des Einsatzes von Kohle. Das heißt, daß 1990 nicht 45 Mio. Tonnen, sondern nur 30 Mio. Tonnen oder sogar weniger Kohle verstromt werden. Gleichzeitig werden darüberhinaus größere Mengen an Strom aus französischen Kernkraftwerken kommen, darüber wird in Bonn gerade verhandelt.

Bis heute hält die CDU die Zahl geheim, auf die die Förderkapazität schrumpfen soll. Nach den der KPD vorliegenden Zahlen soll nach den Plänen von Lambsdorff die Gesamtförderung auf ca. 50 Mio. Jahrestonnen sinken. Heute liegt die Gesamtkapazität noch bei 90 Mio. Tonnen. Was das für unsere Arbeitsplätze bedeutet, ist klar, rechnet man noch die zunehmenden Rationalisierungen auf den Zechen dazu, wird **jeder zweite** Arbeitsplatz auf den Zechen wegfallen. Alle Kumpel, die jetzt 45 Jahre alt sind, kommen im Zeitraum bis 31.12.88 in die Anpassung hinein, das sind etwa ein Drittel der Belegschaft. Die vernichteten Arbeitsplätze stehen dann natürlich auch unseren Kindern nicht mehr zur Verfügung. Die Pütts sind dann schon längst abgesoffen. Die Arbeitsplätze in der Zulieferindustrie, im Handel usw. werden zwangsläufig im Verhältnis 1:2 vernichtet. Auf einen vernichteten Arbeitsplatz im Bergbau kommen zwei Arbeitslose mehr. Was das für das Ruhrgebiet bedeutet, kann sich jeder vorstellen. Alle Versprechungen, die uns jetzt von der CDU und der IGBE-Führung über die Sicherheit unserer Arbeitsplätze gemacht werden, sind das Papier nicht wert, auf dem sie stehen.

Folgen für die Rentner

Aber auch die Kumpel, die in Anpassung gehen müssen, werden an ihrem Lebensabend spüren, daß der Kahlschlag im Bergbau noch nachträglich Folgen haben wird. Rudi Nickels (CDU), IGBE-Hauptvorstandsmitglied und Vorstizender der Bundesknappschaft, spricht bereits von einer Krise der knappschaftlichen Rentenversicherung. Die Knappschaftsrente soll auf die Höhe der LVA-Renten abgeschmolzen werden. Die Kollegen, die jetzt in Anpassung gehen, müssen damit rechnen, daß sie mit 60 Jahren, wenn sie die volle Rente erwarten, weniger kriegen. Daß die 0,8-Rente auf der Abschußliste der CDU-Regierung ganz oben steht, pfeifen schon die Spatzen von den Dächern.

So düster sieht die Zukunft im Steinkohlebergbau aus, wenn es nach den Plänen der großen Konzerne und ihrer CDU-Regierung geht.

Ändern wird sich dadurch nur etwas, wenn wir uns wehren, wenn wir den Zechensterben den Kampf ansagen!

Wofür kämpfen?

Zechensterben und Kurzarbeit können verhindert werden, wenn die Arbeitszeit im Bergbau **auf 35 Stunden** bei vollem Lohnausgleich gesenkt wird. Die Schichtzeit in den Betriebspunkten über 28°C darf nur sechs Stunden betragen. Der Betriebsrat darf keinen Überstunden zustimmen. Reparaturen sind nicht am Wochenende, sondern nachts durchzuführen. Um 22 Uhr muß die Förderung eingestellt werden zugunsten der notwendigen Sicherheits- und Reparaturmaßnahmen. Es muß um jeden Arbeitsplatz gekämpft werden. Alle Lehrlinge müssen übernommen werden.

Die Atomkraftwerke müssen stillgelegt werden zugunsten umweltfreundlicher Kohlekraftwerke.

Aber alle diese Maßnahmen nützen nichts, wenn die Steinkohleförderung weiterhin dem „freien Spiel der Marktkräfte" ausgesetzt ist, wie der Wirtschaftsgraf Lambsdorff das nennt. Dann kann die Kohle aus den Revieren nicht überleben, können unsere Arbeitsplätze nicht gesichert werden, kann kein Kahlschlag verhindert werden. Kohle aus Tiefbauschächten an der Ruhr und Saar wird nach den Profitgesetzen der kapitalistischen Marktwirtschaft nicht mit Importkohle konkurrieren können, die ja schon jetzt 100 Mark pro Tonne billiger ist.

Deshalb meinen wir, daß die Sicherheit unserer Arbeitsplätze kann mittelfristig nur durch eine Verstaatlichung des gesamten westdeutschen Steinkohlebergbaus erreicht werden. Und zwar bei voller Garantie für alle Arbeitsplätze. Geld dafür ist genug da: die Altgesellschaften des Ruhrbergbaus haben an Subventionen aus Steuergeldern Milliarden verschlungen und bekommen jedes Jahr weitere hunderte Millionen. Rechnet man die Verschwendung von 6,5 Mrd. DM für den schnellen Brüter in Kalkar, rechnet man den Rüstungshaushalt angesichts der Raketendiskussion, so sieht man, daß im Haushalt genügend Posten sind, die zugunsten der Arbeitsplätze gekürzt werden müssen.

Für diese Forderung muß natürlich politisch Druck gemacht werden. Die Forderung nach Verstaatlichung bei voller Arbeitsplatzgarantie muß in den Zechen diskutiert werden, in den Ortsgruppen der IGBE auf den Tisch kommen. Nötig ist eine Diskussion über Verstaatlichung in den Ortsvereinen der SPD im Ruhrgebiet (wo die SPD noch allein in der Landesregierung sitzt!), im Aachener Revier und im Saarland. Auf dem nächsten Gewerkschaftskongreß der IGBE müßte darüber beraten werden.

Natürlich müssen die bisherigen Erfahrungen mit staatlichen und halbstaatlichen Betrieben berücksichtigt werden, wie Saarbergwerke, VEBA usw. Aber es ist Zeit, die Verstaatlichung des Steinkohlenbergbaus auf die Tagesordnung zu setzen, bevor der Großteil der Arbeitsplätze vernichtet ist. Bei den Kommunalwahlen 1984 in NRW könnte es zumindest im Ruhrgebiet ein wichtiges Thema werden, sowie zu den Landtagswahlen ein Jahr später. Dabei wird diese Forderung nachhaltig unterstützt durch die Verstaatlichungsforderung aus den Stahlwerken.

Zusammenfassend noch einmal unsere Vorstellungen:

- **Stillhalten sichert keine Arbeitsplätze! Klassenkampf statt Sozialpartnerschaft!**
- **Kohle- statt Atomkraftwerke!**
- **Verstaatlichung des westdeutschen Steinkohlebergbaus bei voller Arbeitsplatzgarantie!**
- **35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!**
- **In NRW fordern wir, daß die gesamte Montanindustrie verstaatlicht wird.**

Ist der Ruhrbergbau nicht schon verstaatlicht?

Die Forderung nach Verstaatlichung des westdeutschen Steinkohlenbergbaus wird manchen unserer Leser überraschen, weil er der Meinung ist, zumindest der Ruhrbergbau sei seit der Gründung der Ruhrkohle AG verstaatlicht.

Tatsächlich wurde die Ruhrkohle AG unter massiver staatlicher Beteiligung gegründet, insofern der Bund in dem 1969 geschlossenen „Grundvertrag" erhebliche finanzielle Verpflichtungen gegenüber den alten Bergwerksgesellschaften und der neuen Ruhrkohle AG übernommen hat, um die Zustimmung der alten Muttergesellschaften zur Gründung der Ruhrkohle AG zu erreichen.

Kapitalmäßig ist die Ruhrkohle AG aber keineswegs im Staatsbesitz. 49,8 Prozent der Ruhrkohle-Aktien sind im Besitz der Stahlkonzerne, 23 Prozent im Besitz der alten Bergwerksgesellschaften. Weil von den Stahlkonzernen die Salzgitter AG kapitalmäßig in staatlicher Hand ist, kann deren Ruhrkohle-Anteil von 10,9 Prozent als staatlicher Kapitaleinfluß gewertet werden.

Der größte Einzelaktionär der Ruhrkohle AG ist der Energiekonzern VEBA, der 27,2 Prozent der Anteile hält, und an dem der Bund mit 43,75 Prozent beteiligt ist. Aus der Salzgitterbeteiligung und der Bundesbeteiligung an der VEBA errechnet sich ein staatlicher Kapitaleinfluß in der Ruhrkohle AG von unter 25 Prozent.

Die VEBA ihrerseits ist ein Energiekonzern mit bedeutenden Interessen in der Öl, Gas- und zunehmend in der Atomindustrie und sie ist vor allem mit den am Ausbau der Atomenergie besonders interessierten Kreisen des Finanzkapitals auf das engste verbunden. Es ist in der Diskussion, daß die Stahlkonzerne ihre Ruhrkohle-Anteile an die VEBA und die VEW verkaufen. Damit würden in der Ruhrkohle AG kapitalmäßig die finanzkapitalistischen Kreise weiter gestärkt, deren Geschäftsinteressen völlig eindeutig auf die weitere Drosselung der Steinkohleförderung zugunsten des Ausbaus der Atomenergie abzielen.

Frankfurt vom 25.—27. November:

Erfolgversprechende Metallarbeiterkonferenz durchgeführt

Organisiert vom „Metallerstammtisch" aus Frankfurt fand diese Konferenz am letzten Novemberwochenende im Frankfurter Westend statt. Zum Thema „35-Stunden-Woche: Zwischenbilanz" hatten sich rund 100 Kollegen, fast ausnahmslos betriebliche und gewerkschaftliche Funktionäre versammelt.

In zweierlei Hinsicht hatte diese Konferenz durchaus einen erfolgversprechenden Ausgang. Zum einen wurde deutlich, daß Bereitschaft und Fähigkeit verschiedenster politischer Organisationen und Strömungen zur Zusammenarbeit in entscheidenden Fragen der Arbeiterbewegung gewachsen ist.

Zum anderen wurden in den verschiedenen Arbeitsgruppen, die auf der Konferenz gebildet worden waren, eine ganze Reihe konkreter Debatten und ein ausführlicher Erfahrungsaustausch durchgeführt, was neue Anregungen für den weiteren Kampf mit sich brachte.

Ein konkreter Beschluß dieser Konferenz war es unter anderem, die gemeinsame Herausgabe eines Informationsdienstes zum Kampf um die 35-Stunden-Woche, zusammen mit anderen Kräften, die in diesem Bereich bereits engagiert sind, herauszugeben.

Unsere Partei betrachtet dies durchaus als einen Erfolg und wird alle weiteren Bestrebungen der Zusammenarbeit zwischen allen, wie auch immer gearteten, gewerkschaftsoppositionellen Strömungen (seien sie es ausdrücklich oder faktisch) auch weiterhin unterstützen. Ein ausführlicher Bericht über den Ablauf der Konferenz und die daraus sich ergebende genauere Betrachtung der Ergebnisse folgt demnächst.

Hannoveraner Kundgebung des DGB gegen Privatisierung

(Volkskorrespondenz aus Lüneburg)

Bereits in der letzten Ausgabe hatten wir eine — allerdings wesentlich kürzere — Korrespondenz zu dieser DGB-Aktion veröffentlicht. Da dies aber wirklich ein recht wichtiges Ereignis war, veröffentlichen wir auch diese zweite, nun sehr ausführliche Berichterstattung eines anderen Roten-Morgen-Lesers. Dabei wird insbesondere, im Vergleich zur letzten Korrespondenz, der Wiedergabe einzelner Reden der beteiligten Gewerkschaftsführer größerer Raum gewidmet. Wir denken, aufgrund der Erstmaligkeit eines solchen Ereignisses, Grund genug, ihm soviel Platz zu widmen.

5000 Gewerkschafter Niedersachsens aus der ÖTV, DPG und der GdED trafen sich am Samstag, den 19.11.83, in Hannover.

Die Veranstaltung zeigte die Kampfbereitschaft in den öffentlichen Versorgungsbetrieben gegen die Privatisierung. Den kulturellen Hintergrund gestaltete der Hannoveraner Gewerkschaftschor mit Arbeiterliedern. Als er zum Schluß das Lied „Brüder zur Sonne, zur Freiheit“ anstimmte, erhoben sich alle 5000 Beschäftigten von ihren Plätzen und reichten sich beim gemeinsamen Singen einander die Hände. Dies drückte mehr als Worte die Entschlossenheit aus, sich gegen die Privatisierung zusammenzuschließen und zu kämpfen.

Drescher — Vorsitzender des DGB/Niedersachsen — eröffnete die Kundgebung und weist auf die gesellschaftlichen Folgen der Privatisierung hin. Es sind nicht nur die Beschäftigten betroffen, sondern alle Bürger in unserem Land, die auf öffentliche Dienstleistungen, Bahn, Post, Wasser- und Energieversorgung, Müllbeseitigung, Sozial- und Gesundheitswesen usw. angewiesen sind.

Die CDU hat mit Albrecht bereits im Jahre 1976 mit ihrem Privatisierungskonzept in Niedersachsen begonnen unter dem Motto: „Mehr unternehmerische Freiheit, weniger Staat und Bürokratie“. Nach der „Wende“ erwies sich die niedersächsische „Speerspitze“ als Schußfeld für das ganze Bundesgebiet.

Nach Drescher trat DGB-Vorsitzender Breit ans Rednerpult. Nach seinen Ausführungen ist Privatisierung Ausdruck des Klassenkampfes von oben, vergleichbar mit Methoden des 19. Jahrhunderts, sowohl in beschäftigungspolitischer Hinsicht als auch durch die Einkommensunterschiede, Jugendarbeitslosigkeit, Rückgang der Lehrstellen, familienfeindliche BAFöG-Kürzung, massive Umverteilung von unten nach oben. Angeheizt wird die soziale Demontage z.B. durch Haimo Georges Forderung, Lohnfortzahlung zu kappen, Schutzrechte zu bescheiden, Tarifverträge zu umgehen usw. Albrecht verschafft durch Privatisierungsangebote Unternehmerhilfen, mit der Konsequenz zunehmenden Arbeitsplatzabbaus.

Ernst Breit sagte wörtlich: „Wenn wir uns nicht wehren, stehen wir in einige Jahren vor einem Trümmerhaufen!“ Jede Mark, die in private Taschen fließt, sei falsch angelegt. Ernst Breit forderte: „Hände weg vom öffentlichen Dienst! Hände weg vom Sozialstaat! Die staatliche Versorgung muß bleiben! Den armen Staat können sich nur Reiche leisten.“

Zuerst werde privatisiert, dann stillgelegt. Die Gewerkschaften müssen sich solidarisch dagegen wehren und dürften sich nicht spalten lassen. Wenn wir uns nicht wehren, ermuntert das unsere Gegner. Was wir nicht verteidigen, verlieren wir!“ Nach diesen Worten sang der Chor das Lied:

„Mann der Arbeit aufgewacht,
und erkenne deine Macht.
Alle Räder stehen still,
wenn dein starker Arm es will.
... die stärkste aller Klassen
ist das Proletariat.“

In signal-oranger Arbeitskleidung kommen 10 Kollegen von der Stadtreinigung und setzen auf der Bühne einen Sarg ab mit der der Aufschrift: „Hier tragen die Müllwerker des Landkreises Holzminden ihren Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst zu Grabe.“



Mit diesem Faltblatt organisiert die GdED ihre Kampagne — mit fragwürdigen Argumenten...

Es folgte der Redebeitrag von Monika Wulf-Matthies: „Wenn die Privatisierungskampagne in Hannover gestartet wurde, dann müssen die Arbeitnehmer auch in Hannover mit dem Gegenangriff starten.“ Dabei geht es um mehr bei der Privatisierung. Es ist die Ideologie der Unternehmer, mit öffentlicher Armut ihre Freiheit zu erkaufen. Fürsorge dürfe nicht zum Luxus der Reichen verkommen. Die niedersächsische Wirtschaftsministerin Breuel habe Monika Wulf-Matthies vorgeworfen, Marx nicht zu kennen. Diese hat ihr wiederum empfohlen, Marx zu lesen, damit Breuel als Bankierstochter einmal sieht, unter welchen Bedingungen die Reinmachefrauen in ihren Betrieben arbeiten müssen. Sie erhält dafür viel Beifall. Es sei unerträglich, daß Kinder aus dem Kindergarten ausgesperrt werden, wenn die Eltern die Beiträge nicht mehr zahlen können. Es sei auch unerhört, daß 30—50 Prozent des Reinigungspersonals in privatisierten Betrieben nicht übernommen wurde. Private Reinigungsbetriebe beuten aus mit Sklavenhaltermethoden, sie zahlen teilweise keine Sozialversicherung, verstoßen gegen Arbeitsschutzgesetze und bezahlen die Arbeitskraft schlechter bei intensiverer Arbeit.

Monika Wulf-Matthies zeigt auf, daß solche offenen Verstöße der Unternehmer im öffentlichen Dienst weniger auftreten, weil in Staatsbetrieben das Profitsystem entfällt. (Man kann hier kritisch anmerken, daß es so machen öffentlichen Arbeitgeber gibt, der die Beschäftigten im öffentlichen Dienst schlechter behandelt als Privatunternehmen. Wieviele Arbeitsplätze haben die Staatsbetriebe auf dem Gewissen!)

Monika Wulf-Matthies erläutert, wie auf dem Wege der gesetzlichen Maßnahmen die Privatisierung durch offene und versteckte Wirtschaftshilfen gefördert wird, und zwar sucht man sich profitträchtige „gesunde“ Betriebe und läßt die unattraktiven defizitären Betriebe links liegen. Diese eignen sich bestenfalls für Propagandazwecke. Man „beweist“ wieviel wirtschaftlicher die Betriebe in privater Hand gegenüber denen unter staatlicher Leitung arbeiten. Nachweislich arbeiten staatliche Betriebe nicht automatisch schlechter als private. Selbst wenn die Privatisierung teurer kommt, zieht die CDU das Projekt mit Steuergeldern durch. Die Unternehmer fordern ja jetzt nach der Wende Beweise von der Regierung, daß sie nicht umsonst Parteispenden geleistet haben. Das hat mit Marktwirtschaft nichts mehr zu tun, das ist Kapitalismus. Privatisierung ist der Ausverkauf des öffentlichen Dienstes!

Die Schmerzgrenze der Arbeitnehmer sei überschritten. Den Kampf werden wir nicht scheuen! Immer wieder wurde Monika Wulf-Matthies durch tosenden Beifall in ihrer Rede unterbrochen.

Als nächster sprach der Vorsitzende der Deutsche Postgewerkschaft. Da bei der Post viele kleinere und mittlere Beamte von der Privatisierung mitbetroffen sind, dürfen sie nicht ausgeklammert werden. Er stellte dann die gewerkschaftliche Position zur Medien- und Verkabelungspolitik des Postministers Schwarz-Schilling dar und wies nach, daß Birgit Breuel dick dabei im Geschäft drinsitzt. Die privaten Rosinenpicker haben sich auch bei der Post die profitablen Bereiche unter den Nagel gerissen, während die Post die Dreckarbeit machen muß. Die Medienpolitiker handeln nach seinen Worten „mit Kommunikation wie mit Schmierseife“. Er ging auch auf die Datenüberwachungsproblematik bei und erinnerte an die Nazi-Propaganda Hugenbergs und forderte: „Kein Springer-Fernsehen! Kein Bertelsmann-Rundfunk! (Er hätte dabei nicht vergessen sollen zu erwähnen, daß der ehemalige Finanzminister [= Sparminister] Lahnstein der SPD jetzt beim Bertelsmann Verlag im Chefsessel sitzt).

Als letzter Redner ist der Vorsitzende der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands zu hören. Im Saal bewegen sich die Transparente. Sie bewegen sich durch die Menschenmenge zur Bühne: „Rosarote Rüstungstransporte“, „Für die 35-Stunden-Woche“, „Einheitsgewerkschaft heißt: Miteinander arbeiten — Zueinander stehen!“ Ernst Haar schimpfte auf die Bundesregierung. Das wollten die Kollegen im Saal hören. Sie klatschten Beifall. Die Bahn ist finanziell ausgeblutet. 80000 bis 100000 weitere Arbeitsplätze gehen durch Privatisierung (z.B. Omnibusbetrieb der Bahn) verloren, weitere 7000 Kilometer Eisenbahnstrecke sollen in den nächsten Jahren stillgelegt werden, die Bahnbetriebssicherheit sei gefährdet.

„Erst die Schere in der Lohntüte, dann die Schere in unseren Köpfen“ (tosender Beifall).

„Wir Eisenbahner werden mit 50000 Mann nach Bonn marschieren.“ Auf die Frage des Ministers Dollinger, wie sie denn mit so vielen Leuten nach Bonn kommen wollen, habe Ernst Haar geantwortet, daß die Eisenbahner noch genug Freifahrtscheine haben. Die Arbeitnehmer drängeln sich bei 6 Prozent Fahrpreiserhöhung wie die Heringe morgens und abends in den Nahverkehrszügen, während die Bahn für Managerfahrten umgebaut wird. Der Protest müsse nach Bonn gerichtet werden und nicht an die Kollegen vom Fahrkartenschalter. Für die Schimpfkanonaden an die CDU und FDP erntete Ernst Haar tosenden Beifall.

Die Regierung läßt bei der Bahn alles vergammeln und verrotten. Die Ausbesserungsbetriebe werden einer nach dem andern stillgelegt, die Waggons reihenweise verschrottet, die Anlagen für einen Appel und 'n Ei verscheuert. Ernst Haar meint, daß sich die Regierung nicht länger mehr mit anzusehen: „Das ist **unsere** Bahn und wir lassen sie uns nicht aus der Hand nehmen.“ (Haben die Arbeiter sie je in der Hand gehabt?!)

„Und wenn wir als randalierender Straßenpöbel beschimpft werden. Wir lassen uns unsere Straßenaktionen nicht nehmen.“

Nur durch Zwischenrufe fühlte sich Ernst Haar daran erinnert, die 35-Stunden-Woche zu fordern. Keiner der Redner war auf diese Forderung eingegangen, die gerade auch im Zusammehang mit der Privatisierung besondere Bedeutung erlangt.

Sicherlich muß man Gewerkschaftsführer nicht allein nach ihren Worten beurteilen. Entscheidend sind die Taten — und die tun heute in der Gewerkschaft not. Aber daß so wortradikal vorgegangen wurde, zeigt, daß die Kollegen kampfbereit sind und Taten sehen wollen. Die Reden kamen an und schärften das Bewußtsein. Man muß sie positiv beurteilen, obwohl wichtige Fragen ausgeklammert oder falsch gewichtet wurden. Sie heben sich aber positiv von früheren Reden ab und gehen in die richtige Richtung. Der Kampf gegen die Privatisierung ist gerecht. Die Privatisierung ist ein Zeichen für die Verschärfung der Klassengegensätze. Sicherlich werden bei der Verteidigung öffentlicher Dienstleistungsbetriebe auch Illusionen in diesen bürgerlichen Staat geschürt. Entscheidend aber ist der Wille der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, ihren Arbeitsplatz zu schützen und sich gegen verschlechterte Arbeitsbedingungen zu wehren, die durch die Privatisierung ausgehebelt werden.

Die Bevölkerung ist auf öffentliche Dienstleistungen angewiesen. Dies bringt den Beschäftigten die nötige Solidarität der Öffentlichkeit, wenn sie für den Erhalt dieser staatlichen Betriebe kämpfen.

Klar ist, daß Staatsbetriebe im Kapitalismus keine sicheren oder humaneren Arbeitsplätze garantieren können. Auch in diesen Betrieben wird Personalabbau betrieben, Arbeitsleistungen erhöht, rationalisiert und soziale Leistungen gekürzt bzw. gestrichen. Nur das Problem ist, daß sich diese Situation durch die Privatisierung noch mehr verschärft. Die Privatisierung ist ein härteres Instrument der Unternehmeroffensive gegen die Arbeitnehmer gerade auch im Hinblick nicht nur ihrer persönlichen, sondern besonders ihrer gesellschaftlichen Bedürfnisse, wozu die Nutzung öffentlicher Einrichtungen zählt. Dies muß besonders denjenigen Kollegen klargemacht werden, die noch ein falsches Bild von den Bediensteten des öffentlichen Dienstes haben. Sicherlich muß in diesem Zusammenhang in den Gesprächen am Arbeitsplatz auch die Notwendigkeit der Vergesellschaftung der Staatsbetriebe erwähnt werden. Letztendlich ist dies der einzige Weg zum Schutz vor der Privatisierung. Diese Bedingungen können jedoch erst erreicht werden, wenn die Arbeitnehmer ihre volle politische Durchsetzungskraft zeigen, zeigen auch, wo der Weg langgehen soll.

Fortsetzung des Heller-Interviews

„Die 35-Stunden-Woche wird der IGM nicht in den Schoß fallen“

Im letzten Roten Morgen hatten wir unter dieser Überschrift den ersten Teil eines Interviews wiedergegeben, das der Opel-Betriebsratsvorsitzende Richard Heller mit der Schweizer alternativen Wochenzeitung WOZ gemacht hatte. Hier nun — aus Platzgründen — erst der Schluß. Es handelt sich dabei um die beiden letzten beantworteten Fragen, wobei die nicht abgedruckte Frage die nach der Verlagerung der Produktion in die dritte Welt war.

Es kann nicht Aufgabe der drei großen Automobilbau-Standorte Europa, Japan und den USA sein, von den alten Standorten aus auch die Länder der Dritten Welt abschließend zu beliefern. Es ist logisch und notwendig, daß die Dritte Welt für ihren Bedarf eine eigene Produktion aufbaut. Die Herausforderung für uns ist aber, daß innerhalb der klassischen Automobil-Kontinente — hier Europa — ständig Überkapazitäten aufgebaut werden. Damit finanziert der Verbraucher direkt und indirekt nicht notwendige Investitionen, und darüberhinaus werden die europäischen Beschäftigten gegeneinander ausgespielt. Dem muß ein Riegel vorgeschoben werden.

Wäre es angesichts dieser Überproduktionen und ihrer negativen Folgen nicht an der Zeit, über Alternativen zum Automobil ernsthaft nachzudenken, gerade von Gewerkschaftsseite aus?

Wir müssen natürlich alles daran setzen, daß wir so umweltfreundlich wie nur möglich produzieren. Ich glaube aber, daß wir nicht im Jahre 1983 — nach allen vorangegangenen Entwicklungen — auf eine Nullrate bei der Automobilproduktion zurückdrehen können. Wir müssen das Automobil für die nächsten Jahrzehnte vorausdenken und uns vor allem um mehr Harmonie zwischen Auto und Umwelt bemühen.

Aktionen der SJD Die Falken gegen Arbeitslosigkeit in Aachen

Arbeit für alle!
35-Stunden-Woche bei vollem Lohn!

Unter diesem Motto veranstalteten die Falken, Bezirk Mittelrhein am 26./27. November in Aachen zwei Aktionstage. Ziel dieser Aktionen war, für die Forderung nach der 35-Stunden-Woche unter Kinder und Jugendlichen und der Aachener Bevölkerung zu mobilisieren.

Da gab es Samstag vormittag ein Jahrmarkt gegen Jugendarbeitslosigkeit mitten in der Aachener Innenstadt, anschließend eine Demo mit rund 600 Leuten. Nachmittags fanden verschiedene Diskussionsforen zu Themen wie „Gewerkschaftlicher Kampf in der Krise“ und „Perspektiven für den Kampf über die 35-Stunden-Woche hinaus“ und eine Veranstaltung für Kinder zur 35-Stunden-Woche statt.

Am Abend gab's „Musik für Jobs“ mit „Geier Sturzflug“, „Herne 3“, Dieter Süverkrüp und anderen Gruppen. Beendet wurden die Aktionstage am Sonntag vormittag mit der Fahrt zu einer „Internationalen Manifestation gegen Arbeitslosigkeit“ in Liège (Lüttich, Belgien), die gemeinsam mit belgischen Genossen organisiert worden waren.

Alles in allem waren diese zwei Aktionstage ein guter Beitrag dazu, über die Betriebe hinaus breite Teile der Bevölkerung für die Unterstützung des Kampfes um die 35-Stunden-Woche zu gewinnen.

Die Volksfront hat eine wichtige Aufgabe im Kampf gegen Reaktion, Faschismus und Krieg

3. Bundeskongreß der Volksfront tagte in Frankfurt

Am 26. und 27. November fand in Frankfurt der dritte Bundeskongreß der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg statt. Die Delegierten bekräftigten die Notwendigkeit der Arbeit ihrer Organisation, ihres spezifischen Beitrages im antifaschistischen Kampf und im Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen, zum Zusammenschluß antifaschistisch-demokratischer Kräfte. In den Arbeitsgruppen wurden Grundlagen für eine Verbesserung dieser Tätigkeit herausgearbeitet. Die Delegierten wählten den antifaschistischen Widerstandskämpfer Harry Dubinsky zum Vorsitzenden der Volksfront.

Dieser Artikel, unmittelbar nach dem Kongreß geschrieben, um noch in dieser Nummer des „Roten Morgen" darüber berichten zu können, gibt erste wesentliche Eindrücke eines Delegierten wieder. Es gibt viele Fragen der Volksfront-Arbeit, die hier nur angerissen werden können und zu denen durchaus auch im „Roten Morgen" noch Stellung genommen werden soll. Ebenso werden wir über die wesentlichen Beschlüsse dieses Kongresses noch genauer informieren, nach Rücksprache mit dem Volksfront-Vorstand.

Es gab Arbeitsgruppen zu folgenden Themen:

- Antifaschistischer Kampf heute
- Ausländerpolitik
- Friedenskampf
- Arbeitsweise und Organisation der Volksfront.

Während besonders in der Arbeitsgruppe zur Ausländerpolitik vorwärtstreibende Beschlüsse gefaßt und auch in der Frage des Friedenskampfes mehr Klarheit geschaffen und Anstöße für die Arbeit gegeben wurden, ließ ausgerechnet das Ergebnis der Gruppe „Antifaschistischer Kampf heute" viel zu wünschen übrig. Dazu trug bei, daß es der Volksfront-Vorstand versäumt hatte, zu diesem Thema einen Leitantrag zu erstellen. Die Diskussion verlief lange anhand verschiedener Anträge, in denen es vor allem um die Schulungstätigkeit der Organisation ging. Die von einigen Mitgliedern der Gruppe geforderte Erarbeitung eines Leitantrages kam leider an dem Abend des ersten Kongreßtages nicht mehr zustande.

Zu diesem Thema stellten die Delegierten im Plenum schließlich vor allem fest, daß die Volksfront der reaktionären politischen Wende und Entwicklung in unserem Land entgegentreten muß. Der Kongreß verabschiedete einen Aufruf zum 30. Januar. Außerdem hob er in zwei Entschließungen hervor, daß es ein Schwerpunkt der praktischen Tätigkeit der Volksfront in der nächsten Zeit ist, den Kampf um die Durchsetzung des Verbots der NPD und aller anderen faschistischen Organisationen zu führen. Zur Unterstützung dieses Kampfes soll im nächsten Jahr ein bundesweites Arbeitstreffen stattfinden.

Es gab heiße Diskussion über die Arbeit der Volksfront, in denen die zum Teil sehr unterschiedlichen Erfahrungen der Mitglieder aus den verschiedenen Orten zum Tragen kamen. Am Schluß stand dann für die allermeisten fest: Mit der Volksfront muß es weitergehen, besser weitergehen als bisher. Manche Zweifel an der „Existenzberechtigung der Volksfront wurden ausgeräumt.

Im Ergebnis der Diskussionen schälten sich als Mehrheitsmeinung verschiedene Kernpunkte heraus, die man meiner Meinung nach so zusammenfassen kann:

- Die Volksfront ist nicht **die** „Volksfront", die Front des Volkes. Sie ist **eine Kraft**, in der antifaschistisch-demokratischen Bewegung, die ihren **spezifischen Beitrag** zur Schaffung dieser Front des Volkes, des Zusammenschlusses gegen Reaktion, Faschismus und Krieg leistet.
- Die Volksfront ist nicht der „Idiologielieferant" der antifaschistischen Bewegung, die sich zum Beispiel in all den verschiedenen Initiativen für die Durchsetzung bestimmter Ziele organisiert. Sie ist auch kein „Bildungsverein".
- Sie ist durch all diese Initiativen oder auch durch bundesweite Zusammenschlüsse von Initiativen mit bestimmten Teilzielen nicht zu ersetzen.
- Sie entfaltet auf der Basis ihrer Grundsätze eine eigenständige Politik, bei der sie auch die Kraft zum Tragen bringt, die ihr die bundesweite Organisierung gibt. (Auch, wenn diese Kraft noch relativ gering ist.) Diese Kraft bringt sie auch in Aktionen bestimmter Zusammenschlüsse (z. B. Friedenskampf, Kampf gegen reaktionäre Ausländerpolitik und Ausländerfeindlichkeit ein.)
- Ihr Grundsätze bringen die Einsicht in politische Zusammenhänge, in die politische Entwicklung insgesamt zum Ausdruck, die keine andere antifaschistische Front- oder Bündnisorganisation hat (Auch z. B. die VVN nicht.)
- Sie wirbt für diese Einsicht und für die Organisierung in der Volksfront auch in den bestehenden Initiativen, deren Arbeit ihre Mitglieder aktiv unterstützen und mittragen, zu deren Gründung sie auch selbst oft den Anstoß gibt, bzw. **in der Zusammenarbeit** mit ihnen.
- Sie führt Seminare und Aufklärung mit anderen Mitteln durch — ein Schwerpunkt gerade in der Situation heute, nach der Wende ist es, Einsichten in den Gang der gesellschaftlichen Entwicklung, in die Möglichkeiten reaktionärer Formierung, Faschisierung und Aufrichtung einer neuen faschistischern Diktatur zu vermitteln und Möglickeiten antifaschistischen Kampfes dagegen, auch in verschiedenen Teilbereichen, aufzuzeigen und in Angriff zu nehmen.
- Die Volksfront hat bereits wichtige Materialien zu den verschiedenen Gebieten ihres Kampfes zusammengestellt bzw. selbst erarbeitet, sie hat politische Einschätzungen und resolutionen für den Kampf geschaffen, die gut und weitgehend gültig sind, zum Teil nur der Aktualisierung bedürfen. Es bedarf keiner „Untersuchungsarbeit in dem Sinne, daß ganz neue Grundlagen zu schaffen wären.
- Es liegt vor allem an der Arbeit und politischen Initiative der Ortsgruppen, die Volksfront in Schwung bzw. **wieder** in Schwung zu bringen. Der Bundesvorstand muß Anleitung und Anstöße geben, muß koordinieren und Erfahrungsaustausch organisieren, muß für den gezielten Einsatz der Kräfte sorgen, wo er notwendig ist.

Das sind einige der Punkte, in denen die große Mehrheit der Delegierten übereinstimmte und die wohl für manchen klarer geworden sind. Zum Teil schlug sich das auch in Abstimmungsergebnissen nieder. Manches kam auf diesem Kongreß noch nicht zum Tragen, zum Beispiel all die Überlegungen zur Vereinfachung der Organisationsstrukturen, zu einer eventuellen Änderung des Namens usw. (Arbeitsgruppe „Arbeitsweise und Organisation".)

Mit diesen Themen wird sich ein Sonderkongreß befassen, der im nächsten Frühjahr stattfinden soll.

Insgesamt hat der Kongreß also durchaus Impulse gegeben

Fortsetzung auf Seite 7



Der Kampf für das Verbot aller faschistischen Organisationen gehört zur Tätigkeit der Volksfront von Anfang an

Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg! Gemeinsam gegen rechts!

Aufruf zum 30. Januar 1984

Der Bundeskongreß der Volksfront beschloß den folgenden Aufruf zum 30. Januar, dem traditionellen Kampftag gegen Faschismus und Krieg. Alle Volksfront-Gruppen wurden aufgerufen, sich aktiv an der Gestaltung dieses Aktionstages zu beteiligen.

Am 30. Januar 1984 jährt sich zum einundfünfzigsten Mal der Tag, an dem Hitler an die Macht gebracht wurde und in Deutschland die Nacht des Faschismus anbrach. Die blutige Bilanz des Faschismus, seiner zwölfjährigen Terrorherrschaft nach innen und außen mahnen uns, eine solche Entwicklung nie wieder zuzulassen und wirklich die notwendigen Lehren aus der Geschichte zu ziehen.

„Ohne die Zusammenarbeit der deutschen Industrie und der Nazi-Partei hätten Hitler und seine Gesinnungsgenossen niemals die Macht in Deutschland ergreifen und festigen können, und das Dritte Reich hätte nie gewagt, die Welt in einen Krieg zu stürzen." Diese Feststellung des Nürnberger Militärtribunals war die allgemeine Erkenntnis nach dem Ende der faschistischen Diktatur und des Krieges. Hitler war kein Betriebsunfall und der Faschismus nicht über Nacht hereingebrochen. Dem 30. Januar 1933 wurde durch eine reaktionäre gegen das Volk gerichtete Politik in den Jahren zuvor der Weg gebahnt. Sie war die Antwort der herrschenden Kreise, der Großindustriellen und Bankiers und ihrer schwarzen und braunen politischen Schützlinge auf die schwere Wirtschaftskrise und den wachsenden Widerstand der Bevölkerung gegen Elend, Not und Entrechtung. Die Stunde der Krise war und ist immer die Stunde der Reaktion, in der der Ruf nach dem starken Mann und nach einer politischen Wende nach rechts laut wird.

Der 30. Januar 1984 wird zugleich Widerstandstag der Friedensbewegung sein. Die begonnene Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik gegen den Willen der Mehrheit unserer Bevölkerung und die damit verbundene Erhöhung der Kriegsgefahr und atomaren Kriegsführung in Mitteleuropa fordert uns alle heraus, den 30. Januar auch als Kampftag für den Frieden zu verstehen. Der Krieg hat schon längst begonnen: In Mittelamerika und der Karibik, im Nahen Osten, am Persischen Golf und im Libanon und in Asien. Die US-Invasion in Grenada, der Aufmarsch gegen Nicaragua, wo die Errungenschaften und die Unabhängigkeit der Völker mit dem Militärstiefel der NATO-Führungsmacht USA ausgetreten werden sollen, gehen uns alle an, erfordern unseren Widerstand und unsere Solidarität mit den unterdrückten Völkern.

Der 30. Januar 1984 mahnt uns aber auch gegen jegliche reaktionäre Entwicklung und faschistische Tendenzen heute in diesem Lande anzukämpfen. Mit der Rechtskoalition aus CDU, CSU und FDP in der Bonner Regierung ist eine reaktionäre Wende auf ganzer Linie, in allen politischen und gesellschaftlichen Bereichen eingeleitet. Eine Politik des sozialen Kahlschlags. Lohnsenkung und Arbeitsplatzvernichtung bei gleichzeitig verstärkter Aufrüstung, weiterer Abbau demokratischer Rechte und Freiheiten bei gleichzeitigem Ausbau des Polizei- und Überwachungsapparates, des starken Staates sind an der Tagesordnung. Das politische Klima ist rauher geworden. Beispielhaft kommt der reaktionäre Wendekurs in der Person und Politik des Strauß-Parteigängers und Innenministers Zimmermann zum Ausdruck:

- der mit der Verschärfung des Demonstrationsrechts heute Teile der Friedensbewegung, morgen andere Widerstands- und Streikaktionen verfolgt, kriminalisiert und ausschalten will;
- der „im Interesse einer nach wie vor guten Zusammenarbeit mit der Türkei auf polizeilichem Gebiet" den Asylbewerber Cemal Altun an die faschistische Militärjunta ausliefern wollte und damit in den Tod trieb;
- der der von der Regierung eingesetzten Kommission zur Ausländerpolitik vorsteht, die eine unmenschliche Politik der „Rückführung" gleich Vertreibung insbesondere der türkischen Mitbürger, der Trennung der Familien vorsieht und die vollständige politische Entrechtung und Stellung der ausländischen Mitbürger als Menschen zweiter und dritter Klasse festschreiben will;
- der die faschistische SS-Traditionsgemeinschaft HIAG aus dem Verfassungsschutzbericht streicht, den sich offen zum Nationalsozialismus bekennenden Ex-Bundeswehr-Leutnant Michael Kühnen trotz Vorbestrafung unbehelligt eine neue NSDAP aufbauen und junge Menschen für eine „nationale" Revolution mobilisieren läßt und gleichzeitig zur Jagd auf kommunistische und andere linke „Unterwanderer" verschärft bläst;
- der den Revanchistenverbänden versichert, die deutsche Frage und deren Klärung endet nicht an der Oder und Neiße, und dies in der Politik wieder offensiv und offiziell bekräftigt werden müsse;
- der seinen Staatssekretär und CSU-Parteifreund Spranger trotz Bedenken des Kabinetts mit der CIA nach Grenada fahren läßt, um Argumente und Erfahrungen für völkerrechtswidrige Aggressionen und Beseitigung unliebsamer Regierungen in anderen Ländern zu sammeln.

Zimmermann & Co. sind nur eine Truppe im Gruselkabinett des Dr. Kohl, die konsequentesten Verfechter und rechten Vorreiter einer reaktionären Wende auf ganzer Linie. Diese Reaktionäre, die Trommler für Lohn- und soziale Atempausen, die Prediger der „geistig-moralischen Erneuerung" von Kohl bis zu den demagogischen Einpeitschern wie Geißler, Dregger oder Stoiber, diese im Interesse ihrer finanzkräftigen Hintermänner agierenden Wendestrategen in Bonn und im ganzen Land gilt es zu stoppen. Den Anfängen im 51. Jahr nach dem Machtantritt des Faschismus zu wehren, heißt heute den sich auf dem Hintergrund der Krise verstärkten reaktionären Entwicklungen und faschistischen Tendenzen in Politik und Gesellschaft entschlossen entgegenzutreten.

Wir rufen alle fortschrittlichen Kräfte ungeachtet ihrer unterschiedlichen Standpunkte auf, sich im Kampf für Demokratie, Freiheit und Frieden einzusetzen:

- Für das Verbot aller faschistischen Organisationen von ANS bis zur NPD, die braunen Hilfstruppen der Reaktion!
- Gegen ausländerfeindliche Politik und Hetze. Integration, nicht Vertreibung von Ausländer! Schluß mit der Aushöhlung des Asylrechts! Wahlrecht für Ausländer!
- Gegen den Abbau demokratischer Rechte und den Ausbau des Überwachungs- und Polizeiapparates. Weg mit dem neuen Demonstrationsrecht, Schluß mit der totalen Überwachung und den Berufsverboten!
- Für das volle Streik- und Tarifrecht der Gewerkschaften, gegen die Aussperrung und Disziplinierung von Arbeitern und Lohnabhängigen!
- Stopp jeder Auf- und Nachrüstung und Militarisierung. Drastische Senkung der Rüstungsausgaben! Keine Waffenexporte!
- Weg von der lebensbedrohenden Bindung an den Kriegskurs der USA und NATO. Wir machen euern Krieg nicht mit!
- **Machen wir der Wende schnell ein Ende! In Aktion gegen die Reaktion!**

Fortsetzung von Seite 6
zu einer verbesserten Arbeit vor Ort. Und das Bestreben, die teilweise zu verzeichnende Stagnation oder den Niedergang zu beseitigen, war deutlich zu spüren.

Es wird dabei noch einiges an Auseinandersetzungen auf die Mitglieder zukommen. Die lassen sich am besten entscheiden, wenn sie auf der Grundlage der aktiven Arbeit geführt werden.

Es wurden bestimmte Anschauungen sichtbar, die, wenn sie sich durchsetzten, der politischen Arbeit der Volksfront unbedingt schaden würden. Es sind dies meines Erachtens auch Ansichten, die auf dem Kongreß des öfteren pauschal als „BWK-Positionen“ bezeichnet wurden. Und das gilt sicher nicht nur für die Frage der Untersuchungen und Schulungen, auch wenn mancher aus seiner Erfahrung vor Ort bestätigen konnte, daß das in Praxis tatsächlich oft auf „Schulung statt Politik“ hinausläuft; Schulung an sich ist ja notwendig. (im „Roten Morgen“ wird auch die gründliche Diskussion über diese Positionen weitergeführt werden.)

Dazu muß allerdings gesagt werden: Es ist ganz unangebracht, in der Volksfront Front gegen „den BWK“ zu machen. Und wer sich zum Beispiel auf dem Kongreß daran gestört hat, daß er meinte, in vielen Anträgen „die Sprache des BWK“ herauslesen zu können, der sollte zuerst fragen, warum es so wenig andere Anträge gab. Und wer meint, daß z.B. KPD-Genossen ihre besseren Positionen nicht genug zum Tragen gebracht haben, der muß einfach sehen, daß das eben ein Fehler ist, eine unbefriedigende Vorbereitung auf diesen Kongreß. Da sind wir auch selber Schuld. — Also: solidarisch. Auf der Grundlage der praktischen Erfahrungen. Mit Organisationsstreitigkeiten zwischen KPD und BWK oder anderen würde man den vielen nicht weiter politisch organisierten Mitgliedern schwer Unrecht tun. Daß man eine solche Haltung von jedem verlangt, ist klar. Der Kongreß zeigte auch schon: Wer sich daran nicht hält, der wird in der Volksfront nichts. Und das ist gut so.

Beispiele für schädliche Tendenzen: Etwa im praktischen Kampf und in der Mobilisierung gegen die Neonazis, die Auseinandersetzung mit dem Grundgesetz bzw. die Ablehnung des Grundgesetzes in den Vordergrund zu stellen. Oder: Von der Losung des „Raus aus der NATO“ abzurücken mit der Unterstellung oder weltfremden Behauptung, diese Losung und der Kampf dafür, zumindest aber das Aufgreifen dieser Losung durch Kräfte aus dem bürgerlichen Lager (Lafontaine ist da nur ein Beispiel) diene in allererster Linie der Stärkung der eigenständigen imperialistischen Rolle der Bundesrepublik.

Es gibt sicher noch weitere. Aber diese Auseinandersetzung braucht man wahrhaftig nicht zu scheuen.

„Packen wir's an“ — eine etwas abgegriffene Redewendung. Dennoch: Es geht darum. Der Kongreß, die Aussprachen, der Erfahrungsaustausch, all das war bitter nötig geworden. Er hat stattgefunden, und er hat uns trotz aller Mängel geholfen. Also, ran an die Arbeit.

Dietrich Lohse

An den Teilnehmern der Krefelder Anti-Bush-Demonstration wird ein Exempel statuiert

Politische Abschreckungsurteile

Als in der letzten Woche der erste Prozeß gegen einen Teilnehmer der „Krefelder Krawalle“ zu Ende ging — verhandelt wurde gegen Holger Deilke, dem die Teilnahme an der Demonstration gegen den US-Vizepräsidenten Bush vorgeworfen wurde, bei der auch ein paar Steine gegen das Auto des Kriegstreibers flogen —, da machte das Gericht kein Hehl aus seinen Absichten: Es ging ihm um die „Abschreckung möglicher Folgetäter“. Dementsprechend hoch fiel die Verurteilung aus: Ein Jahr und neun Monate Gefängnis ohne Bewährung — ein politisches Terrorurteil. Ähnliche Urteile werden gegen die anderen Angeklagten in den Krefelder Verfahren vorbereitet.

In Köln-Ossendorf sitzen zur Zeit zehn junge Menschen in Untersuchungshaft. Sie werden dort seit Juni gefangengehalten. Sie erwartet ein Prozeß, der unter den gleichen Vorzeichen ablaufen soll wie der gegen Holger Deilke.

Auf einen dieser Fälle weist ein Flugblatt aus Hamburg hin, das uns ein Genosse zuschickte und aus dem wir einige Passagen zitieren. Es geht um die 23jährige Beate Wolter, die sich durch die Teilnahme an der Anti-Bush-Atkion des „schweren Landfriedensbruchs“ schuldig gemacht haben soll.

„Beate ist außerdem Mitglied der Sanitätergruppe Hamburg, und das gibt ihrem Fall eine zusätzliche Note. In ihrem Prozeß wird es nicht nur darum gehen, sie stellvertretend für eine Widerstandsform zu kriminalisieren, die sich nicht nach polizeilich verordneten Demo-Routen und staatlich sanktionierten Protestformen richtet, sondern es wird möglicherweise auch dazu kommen, ihre Tätigkeit als Demonstrationssanitäterin für eine angebliche psychologische Unterstützung von Gewalttätigkeit heranzuziehen. Das bedarf einer Erklärung:

Was hatten Demo-Sanis in Krefeld zu suchen? Die Frage beantwortet sich aus dem Selbstverständnis der Sanitätergruppen, das Anfang des Jahres auf einem überregionalen Treffen von 20 Gruppen formuliert wurde:

Die Eskalation polizeilicher Gewalt, die Aufrüstung mit immer neun Waffen (CS, Gummigeschosse, Hochdruckwasserwerfer), die häufiger werdenden Einsätze von Sondereinsatzkommandos (SEK), führen zu immer mehr und immer schwereren Verletzungen von Demonstranten.

Daraus ziehen wir die Konsequenz, als Demonstrationssanitäter auf Demonstrationen zu gehen. Wir halten unsere Anwesenheit auf jeder von uns politisch vertretbaren Demonstration für notwendig, da erfahrungsgemäß jederzeit mit Übergriffen der Polizei zu rechnen ist.



Festnahme in Krefeld

Hier versagen die offiziellen Rettungsdienste bei der Erstversorgung von Verletzten, weil sie sich aufgrund ihrer Statuten nicht in der Demonstration aufhalten dürfen. Des weiteren lehrt die Erfahrung, daß von offiziellen Rettungsorganisationen Daten verletzter Demonstranten an die Polizei weitergegeben werden.

Wir verstehen uns allerdings nicht als alternatives Rotes Kreuz, sondern in erster Linie als Demonstranten. Wir sind deshalb parteilich, nicht politisch neutral. Unsere Parteilichkeit hindert uns jedoch auf keinen Fall, jeden Verletzten (auch Polizisten) zu behandeln. Die autonomen Sanitäter beteiligen sich nicht aktiv an gewaltsamen Auseinandersetzungen.

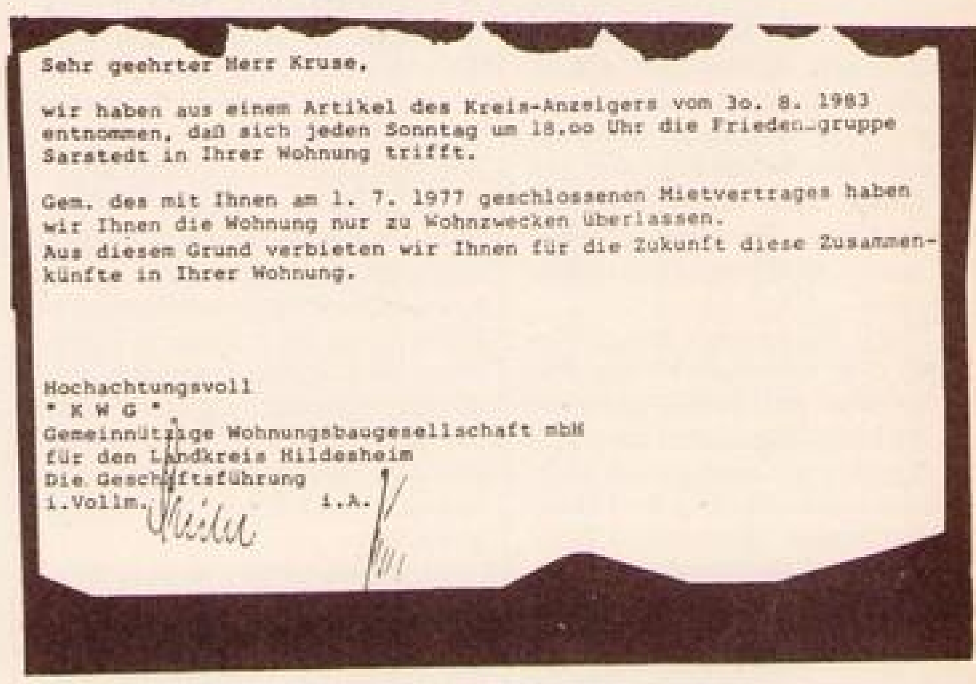
Wir leisten Erstversorgung und kümmern uns um die weitere med. Betreuung. Wenn erforderlich, und möglich, nehmen wir auch Hilfsorganisationen in Anspruch.

Eine unserer wichtigsten Aufgaben sehen wir in der Vorbeugung von Verletzungen. Wir erarbeiten Ratschläge, wie man sich am besten schützen kann; weiterhin versuchen wir, den Demonstranten Hilfe zur Selbsthilfe zu geben.

Es hat sich in Hamburg eine Solidaritätsgruppe für Bea gebildet. In ihr arbeiten Mitglieder der Sanitätergruppe und des Autonomen Plenums mit. Wir sehen unsere Aufgabe darin, Bea politisch und materiell zu unterstützen und darüber hinaus ihren Prozeß vorzubereiten. Wie Bea dann ihren Prozeß führen wird, liegt in ihrer Entscheidung: Wir wollen ihr lediglich die Möglichkeit geben, mit besten Voraussetzungen sich sowohl politisch als auch juristisch mit der Anklage auseinanderzusetzen. Die Schaffung von Öffentlichkeit ist ein weiterer Bereich unserer Arbeit.“

Wohnungskündigungen für Kriegsgegner?

Die *UZ* VOM 29.11. berichtete über zwei Fälle, in denen Kriegsgegnern mit der Kündigung ihrer Wohnungen gedroht wurde. Es handelt sich dabei um Bernhard Kruse aus Sarstedt und um Rainer Alfter, Thyssen-Arbeiter aus Duisburg-Bruckhausen.



Sehr geehrter Herr Kruse,

wir haben aus einem Artikel des Kreis-Anzeigers vom 3o. 8. 1983 entnommen, daß sich jeden Sonntag um 18.oo Uhr die Frieden_gruppe Sarstedt in Ihrer Wohnung trifft.

Gem. des mit Ihnen am 1. 7. 1977 geschlossenen Mietvertrages haben wir Ihnen die Wohnung nur zu Wohnzwecken überlassen.
Aus diesem Grund verbieten wir Ihnen für die Zukunft diese Zusammenkünfte in Ihrer Wohnung.

Hochachtungsvoll
" K W G "
Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft mbH
für den Landkreis Hildesheim
Die Geschäftsführung
i.Vollm. i.A.

Beide erhielten von ihren Vermietern, der KWG-Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft Hildesheim bzw. dem Haus-, Grund- und Wohungseigentümerverein Hamborn, Drohbriefe. Bernhard Kruse soll keine Friedensversammlungen in seiner Wohnung abhalten, Rainer Alfter seine Wohnung nicht durch ein Plakat im Fenster zur „Atomwaffenfreien Zone“ erklären und keine weiße Taube an seiner Wohnungstür anbringen dürfen. Die unverschämten Erpressungsschreiben sind hier im Faksimile widergegeben. Auch sie illustrieren den Kurs der reaktionären Entwicklung, der „Wende“ in unserem Land.

Haus-, Grund- und Wohnungseigentümerverein Hamborn e. V.

Sehr geehrter Herr Alfter !

Sie haben am Montag, dem 24.10.1983, an Ihrem zur Straßenseite gelegenen Wohnungsfenster ein größeres Plakat mit der Aufschrift "Atomwaffenfreie Zone" befestigt. Ebenso haben Sie an der Wohnungstüre im Hausflur eine weiße Taube angebracht. Sie werden aufgefordert, sofort beide Gegenstände zu entfernen. Kommen Sie dieser Aufforderung nicht nach, werden wir das mit Ihnen und den Hauptmietern abgeschlossene Mietverhältnis beenden.

Während die KWG nach vielen Protesten die Drohungen gegen Bernhard Kruse zurückziehen mußte, ist die Angelegenheit im Fall Rainer Alfter noch nicht ausgestanden. Er erklärte allerdings seine Entschlossenheit, sich nicht einschüchtern zu lassen.



Pershing II auf dem Mist — auf diese Weise demonstrierte ein Landwirt aus Schwäbisch-Gmünd am 25. November seinen Protest gegen die Raketenstationierung in Mutlangen. Polizei und US-Truppen schützen die Stationierung, verhaften Kriegsgegner. Die Regierung tut alles, um den Widerstand zu kriminalisieren.

Todesschütze 16/83

In Köln steht der 36jährige Kriminalhauptmeister Klaus Leinebach vor Gericht — er hatte am 25. August einen jungen Mann und Familienvater mit einer Privatwaffe umgebracht. Das war der 16. Todesschuß in diesem Jahr, inzwischen starben sieben weitere Menschen durch Polizeikugeln.

Das Opfer, der 26jährige Gerhard Freundt, habe ihn angegriffen. So lautete die Einlassung des Polizisten. Bei einer Rangelei mit „Klammergriffen, Knie- und Armstößen“ habe sich dann, gänzlich unbeabsichtigt, der tödliche Schuß aus seiner Waffe gelöst.

Dieser Behauptung widersprachen inzwischen alle Zeugen der Bluttat, die sich inzwischen fanden.

Folgendes war geschehen: Am Abend des 25.8. war Klaus Leinebach „frustriert“, wie er sagte. Der Grund: Ein Haftrichter hatte einen von ihm festgenommenen Mann wieder freigelassen. Daraufhin spielte Leinebach den Sherriff: Er setzte sich in Zivil in ein Auto und kurvte durch die Straßen, um, wie er ausführte, den Freigelassenen bei einer neuen Straftat erwischen zu können. Dabei trug er einen privaten Colt bei sich.

Auf seiner Tour kam ihm Gerhardt Freundt entgegen. Im Zickzack angeblich, auf dem Fahrrad. Später wurde bei der Obduktion der Leiche ein Alkoholspiegel im Blut von 1,82 Promille festgestellt. Leinebach will Freundt angehalten haben und dann sofort angegriffen worden sein.

Bewohner des Hauses, vor dem der Radfahrer erschossen wurde, bezeugten einen anderen Tathergang. Keine Schlägerei.



Die beiden hatten sich nur gegenseitig angeschrieen — dann fiel ein Schuß. Gerhardt Freundt fiel zu Boden und war tot.

Der Prozeß wird fortgesetzt.

Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserb

Antwort auf den Leserbrief im Roten Morgen Nr. 46 vom 18.11.83 zum Thema „Balkan atomwaffenfrei?"
Lieber Freund A.B. aus Leverkusen!

Ich bin Grieche und kenne die Situation in Griechenland und in den Balkan-Ländern ein bißchen besser.

Es stimmt, was Du sagst, daß die albanische Regierung die Verhandlungen über eine atomwaffenfreie Zone auf dem Balkan abgelehnt hat. Es stimmt auch, daß der Papandreou diesen Vorschlag gemacht hat. Ich will bloß einige Punkte dazu erläutern.

1. Als Papandreou diesen Vorschlag über atomwaffenfreien Balkan gemacht hat, fanden gleichzeitig Verhandlungen über die US-Stützpunkte in Griechenland statt. Und wir kennen das Ergebnis dieser Verhandlungen: Mindestens 9 Jahre bleiben die US-Stützpunkte in Griechenland. Es gibt eine sehr große Anti-NATO-Bewegung in Griechenland, die den Austritt Griechenlands aus der NATO fordert und die Entfernung der US-Stützpunkte in Griechenland und den Abzug der Amerikaner aus Griechenland. Wenn man alles bedenkt, kann man zu dem Schluß kommen, daß der Vorschlag für atomwaffenfreien Balkan ein Ablenkungsmanöver gegenüber der Anti-NATO-Bewegung in Griechenland ist. Wenn er wirklich gegen die Stationierung wäre, dann würde er sie grundsätzlich ablehnen und nicht um sechs Monate verschieben, (die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles).

2. Es gibt von griechischer Seite seit 1940 eine Verordnung, in der es heißt, daß die beiden Seiten sich im Kriegszustand befinden. Diese Verordnung hat die Regierung Papandreou nicht zurückgenommen, und da fragt man sich, warum. Weil sie die chauvinistischen Pläne zur Eroberung Südalbaniens, des sogenannten Nord-Epirus nicht aufgegeben hat.

Am 24.6.83 gab es eine Bombenanschlag in der albanischen Botschaft in Athen. Die Täter sind immer noch nicht gefunden und bestraft. Die antialbanische und antikommunistische Hetze der Monarchofaschisten und ihre revanchistischen Bestrebungen sind der Regierung seit langem bekannt. Trotzdem tut sie nichts dagegen (vergl. mit Neonazis bei uns) und läßt sie auf freiem Fuß. Die Regierung Griechenlands ging noch weiter, indem sie einen Antrag an die UNO bezüglich angeblicher Menschenrechtsverletzungen in Südalbanien (griechische Minderheit) stellte. Der verordnete Kriegszustand zwischen Griechenland und Albanien, die Duldung der Regierung gegenüber der monarchofaschistischen Hetze gegen Albanien und der Antrag an die UNO machen deutlich, daß Griechenland keine politische Annäherung an Albanien anstrebt.

Von der Seite Albaniens her. Albanien besitzt erstens keine Atomwaffen und zweitens gehört es zu keinem Militärblock. Die anderen Balkanländer außer Jugoslawien besitzen solche Waffen und gehören in Militärblöcke.

Wenn der Papandreou tatsächlich für einen atomwaffenfreien Balkan ist, dann sollte er dafür sorgen, daß aus Griechenland die Atomwaffen entfernt werden würden, dann sollte er sorgen, daß Griechenland aus der NATO austritt und daß die US-Stützpunkte aus Griechenland entfernt werden. Weil, solange die Amis in Griechenland sind, sind sie in der Lage, ihre Waffen zu stationieren und mit ihren Flugzeugen jederzeit in Griechenland zu landen. Es gibt keinen anderen Weg, lieber Freund aus Leverkusen, außer diesem, und das gilt auch für die anderen Balkan-Länder, die in der NATO bzw. im Warschauer Pakt sind. Wenn Griechenland die obengenannten Abrüstungsvorschläge nicht erfüllt, verliert Papandreou seine Glaubwürdigkeit. Ich finde die Haltung Albaniens sehr richtig, weil sonst würden sie Entscheidungen treffen, die überhaupt nicht durchführbar sind, soweit die Länder in den Militärblöcken drin sind und die anderen das Sagen haben, nämlich die USA und die UdSSR.

Mit freundlichen Grüßen
ein griechischer Genosse

Spendenziel erreicht! 32932,92 DM für den Roten Morgen gesammelt!

Seit der letzten Veröffentlichung gingen folgende Spenden bei uns ein:

	DM
N.B., Dortmund	250,—
U.U., Norderstedt	20,—
E.H., Höxter	10,—
Zelle Duisburg 4	60,—
KPD Duisburg	500,—
KPD Neumünster	58,19
KPD Mainz	1000,—
LBV Weser-Ems	87,—
KPD Lüneburg	20,—
W.H., Winnenden	3,—
N.R., Bielefeld	200,—
P.P.K., Osnabrück	150,—
M.W., Köln	100,—
W.Sch., Werl	4,70
KPD Frankfurt	20,—
D., Düren	9,20
P.K., München	11,40
U.T., Bielefeld	2250,—
E.H., Bremen	200,—
P.K., München	1000,—
LBL Westfalen-Lippe	2000,—
LBV Westfalen-Lippe	130,—
W. u. E.A., Müden	100,—
Zelle Hoesch, Dortmund	200,—
insgesamt	**8383,49**

Damit sind im Rahmen der Spendenkampagne 32932,92 DM an Spenden für den Roten Morgen bei uns eingegangen.

Das Ziel unserer diesjährigen Spendenkampagne für den Roten Morgen ist erreicht. Mehr als die angestrebten 30000,— DM, nämlich 32932,92 DM sind zusammengekommen.

Wir danken allen Freunden und Genossen für dieses Ergebnis, zumal es manchem sicherlich nicht leichtgefallen ist, noch eine Spende für den Roten Morgen abzuzweigen.

Wir unsererseits werden uns weiterhin bemühen, eine lesenswerte, Euch in Euren Kämpfen unterstützende kommunistische Wochenzeitung zu erstellen.

Aber keine Angst! Wir wollen Euch jetzt nicht dazu aufrufen, nicht mehr für den Roten Morgen zu spenden. Zumal unsere finanzielle Lage trotz Spendenkampagne noch immer nicht wesentlich rosiger geworden ist.

Wir bitten deshalb alle Freunde und Genossen, wenn was über ist, auch weiterhin an den Roten Morgen zu denken.

Für Leute, die sichergehen wollen, daß sie den Roten Morgen nicht vergessen, halten wir weiterhin unten stehende Einzugsermächtigung parat. Schönen Dank auch.

Redaktion und Vertrieb Roter Morgen

Korrespondenz aus Hamburg

Wilhelmsburger Bürger befragen Bundestagsabgeordnete

Starke Mehrheit gegen Nachrüstung und für Volksbefragung

Am 11. November fand eine Veranstaltung zum Thema Volksbefragung, an der 200 Wilhelmsburger Bürger teilnahmen, statt. In der Vorbereitung hatten sich alle Strömungen der Friedensbewegung in unserem Stadtteil zusammengefunden.

Im Vorfeld des SPD-Parteitages und der Bundestagsdebatte sollte der Druck auf die örtlichen Bundestagsabgeordneten ausgeübt werden. Deshalb standen im Mittelpunkt auch nicht die Abgeordneten Jürgen Reents (Grüne) und Peter Paterna (SPD), sondern die Wilhelmsburger Bürger. Sie waren vertreten durch ein Podium, das die Breite der Ablehnung der Raketen in unserem Stadtteil widerspiegelte. So saßen auf dem Podium der ehemalige Ortsamtsleiter, ein Rentner, eine Pastorin, ein Hafenarbeiter, ein Rechtsanwalt, ein ausländischer Mitbürger, ein Arzt, ein Betriebsrat, ein Student und eine Lehrerin. (Obwohl sie nicht als Parteipolitiker auftraten, war politisch von Parteilosen, kirchlichen Kreisen, SPD, Liberale Demokraten, DKP bis zur KPD alles vertreten.)

Eröffnet wurde die Versammlung mit Thesen der Wilhelmsburger Friedensbewegung, in der die Forderung nach einer Volksbefragung erhoben wurde und die mit der Feststellung endeten:

Sollte die Regierung aber sich über die Forderung nach einer Volksbefragung zynisch hinwegsetzen, die nach Meinungsumfragen von über 70 Prozent getragen wird, wird das weitreichende Folgen haben.

Wer will dann noch ernsthaft den Gewerkschaften das Recht absprechen, dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung auch mit dem Mittel des politischen Streiks Geltung zu verschaffen?

Es wird dann die Regierung sein, die die Verantwortung dafür trägt, wenn es überall im Lande zu Aktionen des zivilen Ungehorsams und des Widerstandes kommt.

Wir fordern von den hier anwesenden Bundestagsabgeordneten und Vertretern aller Parteien, daß sie darauf hinwirken, daß im Bundestag eine Mehrheit für ein Gesetz über die Durchführung einer Volksbefragung zustandekommt.

Daß in dieser Forderung der Wille der Wilhelmsburger Bevölkerung zum Ausdruck kam, wurde unterstrichen durch Abstimmungsergebnisse, die anschließend vorgetragen wurden. In Häusern und Straßen gab es teilweise 100prozentige Zustimmung zur Forderung nach einer Volksbefragung.

Dann hatten die Politiker Gelegenheit, sich mit diesem gebündelten Willen des Stadtteils auseinanderzusetzen. Der CDU-Vertreter (Sprecher des Landesverbandes für Außenpolitik) isolierte sich völlig. Peter Paterna von der SPD drückte seine grundsätzliche Ablehnung der Nachrüstung aus, geändert hatte er allerdings seine Meinung zum Thema Volksbefragung. Entgegen seiner Ablehnung in Vorbesprechungen, versprach er jetzt, sich dafür einzusetzen, daß die SPD eine autonome Volksbefragung unterstützt. Der Abgeordnete der Grünen, Reents, stellte sich voll hinter die Thesen und kritisierte die Halbherzigkeit von Paterna.

Dann kamen die Wilhelmsburger zu Wort, vertreten durch das Podium, und das Publikum selbst. Besonders beeindruckend war der Beitrag des spanischen Arbeiters, der die gemeinsamen Interessen der deutschen und ausländischen Arbeiter an der Erhaltung des Friedens formulierte. Dafür bekam er sehr großen Beifall.

Wichtig für die Verbreiterung der Friedensbewegung war auch der Beitrag des ehemaligen Ortsamtsleiters, der als SPD-Mitglied, als langjähriger Ortsamtsleiter, als Vorsitzender verschiedener Vereine (Sport, Kleingarten) im Stadtteil ein großes Ansehen besitzt. Auch er sprach sich grundsätzlich gegen die Nachrüstung und für die Idee einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa als Puffer zwischen den Supermächten aus.

In der Vorbereitung der Veranstaltung gab es zunächst eine Reihe von Widerständen zu überwinden. Vor einem Jahr war ein Vorschlag, der im wesentlichen von der KPD kam, eine Volksbefragung im Stadtteil durchzuführen, in der örtlichen Friedensbewegung noch gescheitert. Diesmal war es gestützt auf entsprechende Beschlüsse zentraler Konferenzen der Friedensbewegung leichter, sogar die örtliche DKP konnte zu einer Unterstützung der Kampagne gebracht werden, obwohl die DKP insgesamt noch abwartet.

Bedenken gab es vor allem von Kräften in der Friedensbewegung, die mehr auf den Widerstand der aufgeklärten Intelligenz und kein Vertrauen in den sich entwickelnden Widerstand der Arbeiterbewegung und der übrigen Bevölkerung haben. Diese Kreise konnten für die aktive Mitarbeit nicht gewonnen werden, setzten aber der Kampagne auch keinen Widerstand entgegen.

Die Vorbereitung der Veranstaltung lag in den Händen einer Gruppe, die Mitglieder verschiedener Friedensgruppen aus dem Stadtteil umfaßte. Von dieser Gruppe wurden mehr als 100 Stellschilder aufgestellt (zentrales Plakat mit Ankündigung der Veranstaltung), 300 Plakate in Geschäfte ausgehängt, Abstimmungen organisiert, 1000e von Flugblättern und Zeitungen verteilt und die örtliche Presse informiert. Am wirkungsvollsten war dabei wohl, daß ca. 300 Geschäftsinhaber, Kirchen, Jugendzentren u.a. dafür gewonnen werden konnten, ein DIN-A3-Plakat Wilhelmsburg: Atomraketen Nein! Volksbefragung Ja! auszuhängen.

Im Ergebnis von Vorbereitung und erfolgreicher Durchführung der Veranstaltung hat sich der Kreis derjenigen, die für die Volksbefragung aktiv eintreten, weiter vergrößert. Die nächste Aufgabe wird sein, Klose, unseren örtlichen SPD-Abgeordneten und auch die örtliche SPD als aktive Streiter für die Durchführung einer autonomen Volksbefragung zu gewinnen.

Am Ende wurde nahezu einstimmig gegen eine Stimme, bei vier Enthaltungen eine Entschließung angenommen, in der vom Parlament die Verabschiedung eines Gesetzes über eine Volksbefragung gefordert wurde.

Während es unter den „Linken" viele Bedenken gegen die Volksbefragung gibt, macht diese Einmütigkeit deutlich, daß die Forderung nach einer Volksbefragung in unserem Arbeiterviertel großen Widerhall findet.



Spenden für den ROTEN MORGEN sind bei der Lohn- und Einkommensteuer absetzbar. Spenden sind bis zu einer Höchstgrenze von 1800,— DM (Ledige) bzw. 3600,— DM (Verheiratete) absetzbar. Auf Wunsch versenden wir Spendenbescheinigungen.

Spenden bitte überweisen an die:
KPD 4600 Dortmund 30, Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 44050199)
Kto.-Nr. 321004547
Postscheckamt Dortmund (BLZ 44010046)
Kto.-Nr. 6420-467

Ermächtigung zum Einzug von Spenden durch Lastschriften

An die
KPD
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30

Hiermit ermächtige ich euch, widerruflich, monatlich eine Spende für den Roten Morgen in Höhe von .... DM zu Lasten meines Girokontos Nr. ....

bei (genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts) ....

Bankleitzahl ....

durch Lastschrift einzuziehen.
Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Kreditinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

....
(Name, Vorname, genaue Anschrift)

....
Ort, Datum Unterschrift

Roter Morgen Geschenkabo!

Abonniert die Wochenzeitung der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement(s) ...
ab Nr. ....

Die Zahlung erfolgt:
O jährlich 60 DM
O halbjährlich 30 DM

O Ich lege Post/Bankscheck bei über DM ....
O Ich habe den Betrag von DM .... an den Verlag überwiesen
O Ich bitte um Vorausrechnung

Name Vorname ....
Straße ....
PLZ/Ort ....

Die Abonnementgebühren sind im Voraus zu zahlen. Das Abonnement verlängert sich, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird.
Bankverbindungen: Stadtsparkasse Dortmund, Kto.-Nr.: 321000290 (Bankleitzahl 44050199) Postscheckkonto Dortmund 79600-461

Hiermit bestelle ich
......Abonnement ab ....
als Geschenk für

Name ....
Adresse ....
PLZ/Ort ....

Die Zahlung erfolgt:
O jährlich 60 DM
O halbjährlich 30 DM

O Ich lege Post/Bankscheck bei über DM ....
O Ich habe den Betrag von DM .... an den Verlag überwiesen
O Ich bitte um Vorausrechnung

Name ....
Straße ....
PLZ/Ort ....

Die Abonnementsgebühren sind vom Besteller im voraus zu bezahlen. Das Abonnement verlängert sich **nicht** automatisch.



„Wehrt euch, leistet Widerstand ...", sangen die Abgeordneten der Grünen im Deutschen Bundestag nach vollzogener Abstimmung, nach dem „Ja" zu den neuen Atomraketen. Bundestagspräsident Barzel will nicht einmal das Singen dulden, geschweige denn den Widerstand selbst. Der aber zeigte sich bereits kurz nach Schluß der Debatte auf den Straßen der Bundesrepublik und Westberlins: Im ganzen Land gab es, ungeachtet der späten Stunde, Demonstrationen und Kundgebungen, an denen sich auch viele Kolleginnen und Kollegen aus den Betrieben beteiligten. „Jetzt erst recht — Widerstand!", das war die Grundstimmung bei diesen Aktionen. Auch die KPD war dabei.

Einen ganz kleinen Eindruck aus dieser Nacht vom 22. zum 23.11. geben wir hier in Bildern wieder. Auf dem großen Bild links ist ein Ausschnitt aus einer über 10000köpfigen Demonstration zu sehen, die am Nachmittag in Bremen stattfand: Kollegen fordern „Generalstreik gegen Atomraketen".

Widerstand gegen Stationierung

Die Stationierung läuft. Die erste größere Lieferung von Pershing-II-Teilen traf Anfang der Woche in Ramstein ein. Die Friedensbewegung steht vor der Aufgabe, den Widerstand zu organisieren, zu mobilisieren. Erste Aktionen haben am Wochenende in Ramstein und Mutlangen stattgefunden, am 10.12. gibt es eine Demonstration in Frankfurt-Hausen, wo bereits seit längerer Zeit Teile des Pershing-II-Systems gelagert werden. Am 12. Dezember dann der „1. Nationale Widerstandstag".

Die Gegenseite rüstet sich auch für die zu erwartenden Aktionen. In Ramstein wurden am Mittwoch neun Fotoreporter festgenommen und zwei Stunden lang festgehalten, unter ihnen auch Mitglieder von DDR- und US-Fernsehteams. Sie hätten sich in dem die militärischen Anlagen umgebenden Sicherheitsbereich aufgehalten, gab die deutsche Polizei an, die wieder einmal eifriger war als die US-Truppen. Die hätten die Reporter da geduldet. Allerdings nicht im Flughafenbereich. Den sichern sie selbst, und das schwerbewaffnet, bereit zum Todesschuß.

Das Air Field Mutlangen wurde zu einer Festung ausgebaut. Erste kleinere Demonstrationen gab es dort auch bereits am Mittwoch vergangener Woche, mit Polizeigewalt und Verhaftung eines Demonstranten.

Beachten sollte man in diesem Zusammenhang auch die Ausführungen von Generalbundesanwalt Rebmann nach dem Urteil gegen Alexander Schubart — er wertete es als Grundsatzurteil, das anzuwenden sei auch auf alle Demonstrationen der Friedensbewegung, bei denen es zum Beispiel zu Blockaden komme. Auch dafür sollen die aufrufenden Personen drastisch bestraft werden. Dieses Beispiel nannte Rebmann in einer Stellungnahme vor den Fernsehkameras ausdrücklich.

Es wird darauf ankommen, jetzt, nachdem die Stationierung endgültig beschlossene Sache ist, nicht Raum zu lassen für Resignation, es gilt sie dort, wo sie sich sicher erst einmal einstellt, zu überwinden. Der Kampf zur Verhinderung des drohenden Krieges ist dringender denn je. Dabei muß die wachsende Bereitschaft, über die Hintergründe der Raketenrüstung zu diskutieren, über die NATO vor allem, genutzt werden. Und die Bereitschaft vieler Arbeiter und Gewerkschafter, auch die Mittel des Streiks im Friedenskampf einzusetzen, gilt es in praktische Aktionen umzusetzen. Darauf muß vor allem in den Gewerkschaften hingearbeitet werden. Die Aufrüstung einerseits und der Sozialabbau, die Arbeitsplatzvernichtung stehen in engem Zusammenhang.

Verschiedene Reaktionen auf den Beschluß des Bundestages, darunter auch Auszüge aus der ersten Stellungnahme des Koordinationsausschusses der Friedensbewegung, haben wir im folgenden wiedergegeben.

Reaktionen

Die **Grünen** im Bundestag haben als Reaktion auf den Stationierungsbeschluß in einer Erklärung zu **umfassendem zivilen Ungehorsam** aufgerufen. „Der Protest und der Widerstand der Friedensbewegung gegen den Aufrüstungswahnsinn der Regierungskoalition müssen in vielfältiger Weise weitergehen und verschärft werden. Einem Staat, der seine Bürger durch Aufstellung neuer Waffensysteme drangsaliert und in Lebensgefahr bringt, muß jede Unterstützung ... verweigert werden."

Die endgültige Absegnung der Stationierung führte auch zu einer Bekräftigung des Grünen-Neins zur NATO:

„Die heutige Entscheidung des Bundestages fordert zu einer offensiven Diskussion über die Rolle der Bundesrepublik in der NATO und über Strategien zur Abkoppelung mit dem Ziel der Auflösung beider Militärblöcke geradezu heraus. Die politische Vergewaltigung der Bevölkerung durch die Stationierung wird dazu beitragen, daß das gesamte ‚Verteidigungssystem' in Frage gestellt wird."

Wenn die Grünen in dieser Frage konsequent sind, wird dies sicher dazu beitragen, daß die öffentliche Diskussion über die NATO, über die Notwendigkeit des möglichst schnellen, einseitigen Austritts der Bundesrepublik aus diesem Kriegsbündnis — und darüber, wie das zu erreichen ist — tatsächlich breitere Kreise zieht. Das liegt voll und ganz auch **in unserem Interesse**, gibt uns neue Möglichkeiten, die Positionen der KPD ins Spiel zu bringen, die schon lange diesen Schritt fordert. Wo hierüber diskutiert wird, gehört der **Friedensplan der KPD** dazu.

...

Die SPD hat ihr Nein zur Stationierung bekanntlich mit einem überschwenglichen Bekenntnis zur NATO verbunden. Berechtigtes Mißtrauen ruft das bei vielen hervor; wenn die SPD als Regierungspartei mit dieser NATO-Treue Politik machen müßte, ließe sich das Nein zu den Raketen kaum halten — schließlich gehören sie zur aktuellen NATO-Strategie. In dieser Hinsicht hatte **Petra Kelly** schon am 22.11. in Bonn Recht mit ihrer Kritik an den offiziellen Stellungnahmen der SPD.

Damit ist nichts gegen die Wichtigkeit der Stationierungs-Ablehnung durch die SPD gesagt, sie gibt den entschiedenen Raketen- und Rüstungsgegnern in der SPDund ihrem Umkreis Rückhalt. Auch und gerade in diesen Kreisen gilt es, die Diskussion zu suchen, nicht zuletzt deshalb, weil in diesen Umkreis ein **Großteil der Arbeiterschaft** hineingehört.

Gefordert ist der **gemeinsame Widerstand**, „jetzt erst recht", wie so viele nach der Parlamentsabstimmung trotzig betonten. Gefordert auch von SPD-Anhängern.

...

Der **Unterbezirk Frankfurt der SPD** hat 80000 Flugblätter verteilen lassen, in denen gegen die „Nach"-Rüstung Stellung genommen wird. Am Schluß dieses Flugblattes heißt es (zitiert nach einer Meldung der „Frankfurter Rundschau" vom 24.11.): **„Die Mehrheitsverhältnisse in den Parlamenten müssen verändert werden"**, damit eine zukunftsweisende Politik durchgesetzt werden könne. Das ist der Schluß des Flugblatts, aber sicher nicht der Weisheit letzter Schluß, und eine „zukunftsweisende Politik" einer in einigen Jahren zu wählenden SPD-Mehrheit zu überlassen. wäre bestimmt verfehlt. **Dann könnte die Zukunft schon verspielt sein.** Außerdem hat die SPD, wie nicht allein die Diskussion über die NATO oder auch nur die Volksbefragung zeigt, da absolut nichts Zukunftsweisendes anzubieten.

...

Der **hessische Landtag** hat sich einen Tag nach der Bonner Abstimmung mehrheitlich **gegen die Raketenstationierung** ausgesprochen. Da die Bundesländer hier nicht mitreden dürfen, hat diese Ablehnung lediglich Symbolwert, unterstreicht aber auch die Tatsache, daß der Bundestag eine Entscheidung gegen die Mehrheit im Volk traf. Die CDU in Hessen empörte sich denn auch sehr darüber, sie wollte erst gar nicht, daß sich der Landtag überhaupt mit diesem Thema befasse. Die Bürgerschaften in **Bremen** und **Hamburg** haben inzwischen **ebenso** wie Hessen entschieden.

...

Auch **das** gehört zum Bild der Bonner Debatte dazu: Nach dem Stationierungsbeschluß, nachdem der ausdrückliche Wille des Volkes von einer Regierung mit Füßen getreten wurde in einem „Hohen Haus", das während der zwei Tage von einem Riesenaufgebot an **Polizei- und Grenzschutztruppen** umlagert war, deren Mitglieder sich mit Gewaltaktionen gegen Friedensdemonstranten warmhielten, **bedankten sich CDU/CSU, FDP und SPD einmütig für diesen „Schutz des Parlaments"**. Ähnlich geschlossene Reihen standen den Grünen gegenüber, die gegen die Festnahme von Fraktionsmitarbeitern protestierten — diese war erfolgt, weil die Betroffenen Halstücher mit Aufdrucken gegen die Raketenrüstung trugen, was die Polizei als „verbotene Demonstration in der Bannmeile" wertete — alle anderen Fraktionen schlossen sich diesem Protest nicht an.

...

Der **CSU** ist es sowieso **unerträglich**, im Bundestag selbst mit deutlicher Opposition konfrontiert zu werden. Am Tag nach der Raketendebatte ließ sie verlauten, daß in ihren Reihen über einen Gang zum **Bundesverfassungsgericht** nachgedacht werde. Ziel: Die **„Verfassungswidrigkeit der Grünen** feststellen" zu lassen. Einem solchen Vorstoß müßten alle Kriegsgegner mit Entschiedenheit entgegentreten, er ist ein **Angriff auf uns alle**, seine Bedeutung geht über die Friedensbewegung noch weit hinaus. — Einen „Sieg der Freiheit" nennt der „Bayernkurier" die Parlamentsentscheidung ...

...

Der **„beste Freund" der „Bild"**-Zeitung, das ist zur Zeit Altbundeskanzler **Helmut Schmidt**. Der Mann, der mit wenigen Getreuen für die neuen US-Atomraketen stimmte, wird von Springers Hetzblatt mit Lob und lieben Worten überschüttet. „Schmidt: Ich bleibe und kämpfe", lautete eine große Schlagzeile am 23.11. „Hausfrau an Schmidt: Danke, daß Sie mutig bleiben!" — auf Seite 7. „Bild" freut sich eben über jeden, der den Kriegsvorbereitungen Vorschub leistet.

...

Zur Information Auszüge aus der Presseerklärung des Koordinationsausschusses der Friedensbewegung vom 23.11.83 (zitiert nach UZ, 25.11., S. 2]

„Die Friedensbewegung erkennt den Beschluß des Deutschen Bundestages nicht an. Für eine Entscheidung in dieser existentiellen Frage gab es keine ausreichende demokratische Legitimation. Die Mehrheit der Bevölkerung lehnt diese Raketen nach wie vor ab.

1. Die Friedensbewegung fordert deshalb weiterhin die Durchführung einer Volksbefragung. Sollte das Parlament diese offiziell ablehnen, werden wir im Jahre 1984 selbst eine umfassende Volksbefragung durchführen.

2. Die Friedensbewegung wird keine Ruhe geben und in den Protestaktionen nicht nachlassen, bis der Stationierungsvorgang gestoppt und wieder rückgängig gemacht worden ist.

- Dieser Wille wird in mehreren bundesweiten Widerstandstagen zum Ausdruck kommen. Der nächste Aktionshöhepunkt wird der Jahrestag des Stationierungsbeschlusses am 12.12. sein. Der zweite bundesweite Widerstandstag wurde für den 30. Januar 1984 angesetzt.
- In den nächsten Wochen wird es an den Stationierungsorten zahlreiche Protestaktionen, verbunden mit Blockaden der Atomwaffenlager geben.
- Firmen, die an der „Nachrüstung" beteiligt sind, werden stärker in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung geraten. Demnächst soll zum Boykott von ausgesuchten Massenkonsumprodukten solcher Firmen aufgerufen werden.
- Diejenigen Bundestagsabgeordneten, die sich für die atomare Aufrüstung entschieden haben, werden sich in ihren Wahlkreisen dafür öffentlich rechtfertigen müssen."



Am ersten Tag der Bundestagsdebatte ...



...Blockaden in Bochum ...



Genossen der KJD Dortmund mit einer der „großen Attraktionen" dieser nächtlichen Aktion



Parteitransparent bei der Dortmunder Nachtdemo

Krisenherd Mittelmeer

Krisenherd Mittelmeer — auf dieser Seite wollen wir darstellen, wie sich ganz in unserer Nähe ein gewaltiger Konflikt zusammenbraut. Die beiden großen rivalisierenden Supermächte, die USA und die UdSSR kämpfen mit vielen Mitteln um Einfluß in diesem Gebiet.

Vom Zugang zum Mittelmeer, bei Gibraltar oder der Dardanellen-Meerenge zwischen Schwarzem- und Mittelmeer stehen rund um das Gewässer Militärstützpunkte, Kriegshäfen, Raketenbasen. Die amerikanische 6. Flotte und sowjetische Verbände kreuzen dort.

Die Spannungen, Auseinandersetzungen rund um das Mittelmeer wollen wir mit verschiedenen Hintergrundartikeln, Berichten und Analysen beleuchten.

Wem dient der neue Staat auf Zypern?

Der unsinkbare Flugzeugträger

Und wieder ein geheimnisvoller Flughafenbau

Die einseitige Bildung eines Separatstaates auf der mit der EG assoziierten Inselrepublik ist weltweit auf Kritik gestoßen. Nicht einmal in der UN hat der Führer der neuen Türkischen Republik Nordzypern auch nur eine Handvoll Staaten zur Anerkennung dieses Gebildes bewegen können.

Aber man wird davon ausgehen können, daß die Bildung dieses Staates von den meisten westlichen Staaten hingenommen wird, nicht einmal zähneknirschend, denn Rauf Denktasch bringt für einige strategische Überlegungen große Vorteile mit der Gründung seiner Republik.

Zunächst aber einmal bleibt festzustellen, daß nicht alle Gründe, die für die Gründung des Separatstaates angeführt werden, abwegig sind. Spannungen zwischen den Bevölkerungsteilen gibt es schon sehr lange, die griechische Mehrheit auf der Insel, bzw. deren politische Vertretung ist nicht unschuldig am Auseinandergehen der zypriotischen Bevölkerung. Selbst einer der entschiedensten patriotischen Politiker Zyperns, der Erzbischof Makarios, der sich gegen jegliche Anschluß- oder Teilungspläne der Insel vehement zur Wehr setzte, hat dazu beigetragen. Zwar hat der jetzige (griechisch)-zypriotische Ministerpräsident Kyprianou immer eine Föderation der beiden Inselteile unter einer einheitlichen Bundesregierung vorgeschlagen, aber ohne jegliche Initiative, die die türkischen Bevölkerungsteile davon überzeugen konnte, daß sie nicht als Minderheit unterdrückt würden.

So wird der Akt der Staatsgründung in Nordzypern, wo seit 1974 zehntausende türkische Soldaten stehen, die Teilung der Insel zementieren. Denn schon lange ist dieser Teil der Insel faktisch eine Provinz der Türkei. Die türkische Währung ist praktisch Hauptzahlungsmittel, 50 bis 60 Prozent des Staatshaushaltes Nordzyperns zahl die Türkei, für 1984 hat die sonst selbst so hilfsbedürftige Türkei 200 Millionen Mark Hilfe zugesagt.

Und sicherlich abgesprochen mit Ankara war auch der Termin der Ausrufung des Separatstaates. Denn das geschah genau wenige Tage nachdem die USA wieder einmal 700 Millionen Dollar Türkeihilfe bewilligt hatten. „Völlig überrascht", sei man gewesen, so hieß es in Washington. Nun, das wäre aber ein Armutszeugenis für das gesamte US-Spionagesystem, das ja sogar auf der kleinen Insel Grenada die Gefahr eines kommunistischen Angriffs auf die USA feststellte. Im Ernst: die Entwicklung auf der Mittelmeerinsel paßt dem US-Imperialismus sehr gut, bietet ihm neue Möglichkeiten. Zum einen waren die bisherigen britischen Militärstützpunkte immer ein Faustpfand der patriotischen Kräfte der Insel, die schon mehrmals die Auflösung forderten, die die Verlängerung der Verträge für diese Militärstützpunkte an Bedingungen knüpft.

Die Türkische Republik Nordzypern, ein Gebilde, das immer voll von Ankara und damit von Washington abhängig sein wird, ist den USA und dem ganzen westlichen System da sehr willkommen. Die weitgehende internationale Isolierung dieser Insel hat auch einen Vorteil für die Imperialisten: Dieser Staat wird in absehbarer Zeit zumindest nicht in der NATO sein. Aber voll in der Hand von NATO-Staaten. Dort kann man unabhängig von allen Regeln und Verträgen die Insel als das nutzen, was sie früher immer schon für Großbritannien war: ein unsinkbarer Flugzeugträger. Auf dem Wege der USA über Westeuropa nach Nah Ost bietet sich damit ein neuer Stützpunkt. Und ein gut ausgerüsteter. Auf der Insel ist ein Großflughafen im Bau, für den es keinerlei wirtschaftliche Begründung gibt. Vor der Besetzung 1974 war der Nordteil der Insel das Hauptziel der Touristen. Heute stehen die meisten Hotelkapazitäten leer. Ein bestehender Flughafen ist ebenfalls nicht ausgelastet. Der Neubau dient allein militärischen Zwecken. Bei der Ortschaft Gecitkale nordöstlich der Hauptstadt arbeiten vor allem türkische Militärangehörige an diesem Projekt. Ganz bestimmt auch ein Grund für die USA, sich nach einer angemessenen Zeit der „Empörung" über die Staatsgründung dennoch mit „geschaffenen Realitäten" abzufinden.



Die Grenze in der Hauptstadt Nikosia: bald Mauer auf Dauer?

Der Libanon — Spielball imperialistischer Interessen

Die Kämpfe im nordlibanesischen Tripoli, der erneute Vernichtungsfeldzug gegen die PLO haben das Libanon-Problem insgesamt etwas aus den Schlagzeilen verdrängt. Auch die in Genf begonnene „Nationale Versöhnungskonferenz" hat dazu beigetragen. Aber die Probleme des Landes bestehen weiter, der Bürgerkrieg ist nicht beendet, der Libanon ist weiterhin der Krisenherd Nr. 1 im Mittelmeerraum.

Die Auseinandersetzungen im Libanon zwischen den verfeindeten Gruppen dauern schon Jahre an. Mit dem Einmarsch der israelischen Truppen allerdings wurde eine neue Stufe erreicht. Diese von den USA und anderen westlichen Staaten aufgerüstete stärkste Militärmacht im Nahen Osten überschritt am 6. Juni 1982 nach vorausgegangenen Bombenangriffen die Südgrenze des Libanon. 60000 bis 70000 israelische Infanterie und Panzersoldaten unterstützt von Artillerie und Raketenfeuer stürmten und zerstörten die Städte Sidon, Tyros, Nabatijeh und Mandschaijun. Obwohl Israel nur in geringem Umfang aus diesem Gebiet angegriffen worden war, ermordeten sie hier rund 7000 Palästinenser und hunderte libanesischer Soldaten linker Milizen.

Die von Syrien im Bekaa-Tal aufgebauten „Sam 6"-Luftabwehrraketenstellungen wurden zerstört und die israelische Armee ging auf Beirut vor. Trotz massiver internationaler Proteste —, sowohl die USA als auch die UdSSR, die Vereinten Nationen, die Europäische Gemeinschaft verurteilten die völkerrechtswidrige Aggression —, rückte die israelische Armee weiter vor und stellte Bedingungen.

Israel forderte den sofortigen kampflosen Rückzug aller Palästinenser aus Beirut, die Entsendung einer internationalen (allerdings nur von westlichen Staaten gebildeten) Streitmacht, die Garantie seiner Grenze, den Abzug aller fremden Truppen, vor allem der syrischen und die Auflösung sämtlicher PLO-Stützpunkte im Libanon, und stellte Bedingungen für eine neue Regierung des Libanon.

Aber keine der Mächte, die vorher so groß Kritik an den Israelis geübt hatten, tat irgendetwas gegen die erpresserischen Förderungen der Israelis. In deren Schutz hatten rechte christliche Milizen Beirut unter Kontrolle und der Exodus, der Auszug, tausender Palästinenser begann. Dann wurde einer der extremen Rechten des Landes, der Chef der faschistischen Al-Kata'eb, Beschir Gemayel zum neuen Staatspräsidenten ernannt. Schon wenige Tage später kam er bei einem Anschlag auf das Hauptquartier der Falangisten um. Nachfolger wurde sein um nichts besserer Bruder Amin.

Am Tag nach dem Tod des neuen Staatsoberhauptes kam es zu den fürchterlichen Massakern in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Shatila. Israelische Truppen hatten die Lager umzingelt, weil es angeblich Widerstandsnester seien. Unter ihrem Schutz durchkämmten 48 Stunden lang blutrünstige christliche Milizen die Lager, in denen fast 80000 Menschen lebten. Sie richteten ein fürchterliches Blutbad an. Tausende Tote gab es, die Leichen wurden von israelischen Bulldozern zusammengeschoben und verscharrt.



Die militärische Übermacht der Invasoren, die offene Kollaboration der Christen im Libanon mit den Israelis und die Schwäche der Nationalen Bewegung schufen die Voraussetzungen für den Einsatz der „Internationalen Friedenstruppen" vor allem aus US-Soldaten und Franzosen, die seit Mitte 1983 im Libanon stehen und die Einhaltung der von Israel diktierten und durchgesetzten Bedingungen überwachen. Diese Truppe ist nur eine andere Form der militärischen Macht der Israelis und der christlichen Rechten des Landes.

Einzig Syrien hatte im Libanon Stellung behaupten können. Vor allem im Norden des Landes bildeten sie eine Art „Schutzmacht" der patriotischen nationalen Kräfte. Gerade aber die letzten Kämpfe in Tripoli gegen die Stellungen des PLO-Chefs Arafat und die Bombardierung von palästinensischen Flüchtlingslagern zeigen, daß Syrien und sein Staatschef Hafis al-Assad sehr egoistische Ziele verfolgen, die nicht im Einklang mit den Zielen der Nationalen Bewegung oder gar des palästinensichen Volkes stehen. Und ganz offen ist die zumindest militärische Aufrüstung Syriens durch die UdSSR. Tausende Militärberater, Bedienungskräfte für die Raketenstellungen sind Folge eines Freundschafts- und Beistandspaktes, den Syrien 1980 für 15 Jahre mit der UdSSR abgeschlossen hat. So stoßen auch hier im Libanon wie in anderen Teilen des Mittelmeerraums die verschiedenen Interessen der imperialistischen Supermächte aufeinander.

Was aber nicht heißt, daß man auch die eigenständige Rolle der verschiedensten Kontrahenten vergessen darf. So ist die Politik Israels gar nicht immer in jedem Schritt mit den USA abgestimmt. Der gewaltige Militärapparat des kleinen Staates hat den zionistischen Führern das Gefühl gegeben, selbst eine Vormachtrolle in der Region spielen zu können, oft genug paßt das nicht ins Konzept der US-Imperialisten. Genau wie nicht jede Handlung der Syrer ins Konzept der UdSSR paßt, die sich im Nahen Osten doch nur auf nationalistische Kräfte stützen kann, deren Ziele nicht die der sowjetischen Supermacht sind, sondern die sich einfach da Unterstützung besorgen, wo sie sie gerade bekommen.

So ist die Lage im Libanon trotz der Genfer Verhandlungen wenig optimistisch einzuschätzen. Die Präsenz der Israelis im Süden, der imperialistischen westlichen Truppen in Beirut und die Einmischung Syriens mit Unterstützung der UdSSR machen das Land und seine Bevölkerung zum Spielball imperialistischer Interessen.

Die Bürgerkriegsparteien im Libanon

Innerhalb der beiden großen libanesischen Blöcke, die sich schon lange blutig auseinandersetzen, gibt es viele Differenzierungen. Im folgenden dokumentieren wir die Ziele und die wichtigsten Gruppierungen der Bürgerkriegsparteien im Libanon.

Die **Libanesische Front** ist die Dachorganisation der überwiegend christlichen Kräfte im Libanon, die für die Bewahrung der z. z. gültigen Verfassung kämpfen, die den christlichen Kräften immer Vorteile gibt. Die **Libanesische** Front tritt ein für die Bewahrung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und ist gegen jegliche Unterstützung der PLO und natürlich vor allem gegen die **Nationale Bewegung**, die entgegengesetzte Ziele hat.

Die wichtigsten Gruppen der **Libanesischen Front** sind die faschistische **Falange**, die Bewegung des Familienclans von Gemayel **Al-Kata'eb**, die **Nationalliberale Partei**, die vom Familienclan der Chamoun geführt wird, sowie die großbürgerliche **Maronitische Liga** und der **Orden maronitischer Mönche**.

Die politische Rechte im Libanon stützt sich vor allem auf folgende bewaffnete Formationen: Die Milizen **Al-Kata'eb, Tiger**, die **Befreiungsarmee Wächter der Zeder** und die Miliz **Freier Libanon.**

Der **Nationalistischen Bewegung** geht es vor allem um die Abschaffung des Konfessionalismus in der Politik des Libanon. Sie steht für einen stärkeren arabischen Charakter des Landes ein, fordert die Beseitigung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede, kämpft für eine Reform und den Ausbau des staatlichen Schulsystems und steht einheitlich für eine Unterstützung des Befreiungskampfes der Palästinenser.

Die wichtigsten Kräfte hier sind die **Fortschrittliche Sozialistische Partei** Walid Dschumblatts, die (prosowjetsiche) **Kommunistische Partei**, die sozialreformerisch-nationalistischen **Nasseristen**, die **Baath-Partei**, die **Bewegung der Entrechteten des schiitischen Imans** (pro Iranisch) sowie weitere kleine moslemische Gruppen.

Ihre stärksten bewaffneten Organisationen sind die **Drusen-Milizen**, die **Sozialistischen Milizen**, die **Armee des Revolutionären Arabischen Libanon.**

Allein die Aufzählung all dieser Gruppen innerhalb der gegnerischen Gruppen zeigt, bei aller Übereinstimmung in den großen Zielen wie unterschiedlich die Ansätze, Ziele, die Politik und Ideologie der Anhänger der jeweiligen Bürgerkriegsparteien sind.

Presseerklärung



Assad: "Dies ist eine rein palästinensische Angelegenheit." Burhan Karkutli

Abdalla Frangi, Mitglied des Revolutionsrates von al-Fatah und Vertreter der PLO bei der Liga der Arabischen Staaten in Bonn hat vor kurzem auf einer Pressekonferenz zu den Kämpfen in Tripoli im Libanon Stellung genommen. Die umfangreiche Presseerklärung ist komplett abgedruckt in „Palästina Bulletin" Nr. 46/83 der von der Informationsstelle Palästina in Bonn herausgegeben wird. Wir veröffentlichen im folgenden die wichtigsten Punkte aus der Zusammenfassung der Erklärung von Abdalla Frangi.

Die Kämpfe in Tripoli - Das Ende der PLO?

1. Die jetzigen Kämpfe haben gezeigt, daß die PLO unter Yassir Arafat vom palästinensischen Volk als einzig legitime Vertretung akzeptiert wird trotz der Haltung einiger Organisationen. Es ist noch deutlicher geworden, daß das palästinensische Volk hinter Yassir Arafat steht. Alle voreilig verfaßten Nachrufe auf Yassir Arafat und die PLO weichen einer realistischen Betrachtung dieses Konflikts.

2. Es ist auch noch deutlicher geworden, daß das palästinensische Volk ein Recht auf Selbstbestimmung und auf die Gründung eines eigenen Staates in seiner Heimat hat.

3. Die arabische Welt hat in diesem Konflikt noch einmal die Unfähigkeit der arabischen Könige und Präsidenten gezeigt. Gerade diese Unfähigkeit wird in naher Zukunft ein Faktor sein für große Veränderungen und Unruhen in der gesamten arabischen Welt.

4. Hafez al-Assad in Syrien und Muammar al-Khaddafi in Libyen sind aufgefordert, die Beschlüsse der Arabischen Liga, der arabischen Gipfelkonferenzen und der Vereinten Nationen zu akzeptieren und jede direkte Einmischung einzustellen. Die Fortsetzung einer derartigen Politik wird den gesamten Nahen Osten schwächen.

5. Es ist bewiesen, daß es auch in Libanon keinen Frieden gegeben hat, obwohl die PLO vor mehr als einem Jahr aus Beirut abgezogen ist. Allein die Zahl der Toten im letzten Monat auf seiten Beteiligter oder Unbeteiligter beweist, daß die Anwesenheit der PLO mehr Sicherheit für die Menschen bedeutet hat.

5. Es ist noch nie so deutlich geworden, welch ein großer Konfrontationsherd der Nahe Osten und wie notwendig ein dauerhafter und gerechter Frieden ist. Der Versuch der USA, Frieden in Libanon zu stiften, ist gescheitert. Der Versuch der USA, Frieden zwischen Israel und den arabischen Staaten zu schaffen, ist gescheitert. Der Friede kann nur erreicht werden auf einer internationalen Konferenz unter Aufsicht der Vereinten Nationen oder des Sicherheitsrates und unter Partizipation aller am Konflikt beteiligten Parteien, einschließlich der PLO als Vertretung des palästinensischen Volkes. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und gerade auch die europäischen Staaten sind in diesem Rahmen aufgerufen, ernsthafte Schritte auf einen Frieden hin zu unternehmen.

Abdalla Frangi
Mitglied des Revolutionsrats von al-Fatah
PLO-Vertreter bei der arabischen Liga in Bonn

Konsequenz aus den Niederlagen der Armee:

Mehr rechte Generäle in der salvadorianischen Armee

Auf mindestens 20 wichtigen Positionen ist die Armee El Salvadors umgebildet worden. Das ist offensichtlich eine Konsequenz auf die öfter und härter werdenden Niederlagen der salvadorianischen Armee gegen die Befreiungsbewegung.

In der Hauptsache sind es extreme Rechte, die jetzt das Kommando übernehmen werden. Verteidigungsminister Vides Casanova gab bekannt, daß der bisherige Stabschef der Armee, Mena, durch den Chef der ersten Infanteriebrigade, Oberst Blandon, ersetzt werde. Blandon, der als extrem rechtsgerichtet gilt, hat offensichtlich die völlige Unterstützung der USA, die bei den Umbesetzungen Regie führen.

Nach Auskunft von US-Militärberatern in El Salvador ist Blandon vor allem dadurch für seinen neuen Posten prädestiniert, weil er mit großem Geschick die Aufteilung von größeren salvadorianischen Truppenverbänden in kleine Kampfgruppen umgesetzt hat. Diese Taktik wollen die USA schon lange bei der ziemlich desolaten Armee des Landes durchsetzen. Geklappt hat das aber bisher nur bei den „Todesschwadronen", den faschistischen, an keine Gesetze gebundenen Kommandos.

Die Umbesetzungen, das Befördern der rechtsextremsten Leute des Offizierkorps und die Aufgabenstellung durch die US-Berater lassen den Schluß zu, daß die ganze salvadorianische Armee mehr und mehr zu einem einzigen Todesschwadron umgebildet werden soll.

Putschgerüchte in Bolivien

Bolivien ist wieder in Gefahr. Die nach 18jähriger Militärdiktatur gewählte Linksregierung hat durch ihre Verstrickung in die Geschäfte des internationalen Währungsfonds und der Weltbank den entschiedenen Widerstand der Werktätigen hervorgerufen — die Militärs drohen schon wieder mit einem Putsch.

Die Regierung der „nationalrevolutionären Bewegung der Linken" unter Hernan Siles Zuazo hat Ende November drastische Maßnahmen gegen die Arbeiter und Angestellten beschlossen. Sie wertete die Landeswährung um 150 Prozent ab, erhöhte die Preise für Benzin um 200 Prozent, die Preise für Grundnahrungsmittel um durchschnittlich 70 Prozent.

Das alles diene, so die Regierung, der Inflationsbekämpfung. Von einem „Schlag gegen die Kaufkraft des einfachen Volkes" sprach der Gewerkschaftsbund COB, der zu einem 24stündigen Generalstreik aufrief, der massenhaft befolgt wurde. Zehntausende von Arbeitern und Angestellten gingen auch in der Hauptstadt La Paz auf die Straße.

Auch auf dieser Kundgebung wurde von Gewerkschaftssprechern vor der Gefahr eines Militärputsches gewarnt. Es ist bekanntgeworden, daß die Regierung die staatlichen Sicherheitsorgane wegen der zunehmenden Staatsstreichgerüchte in Alarmbereitschaft versetzt hatte.

Die regierende Partei von Siles Zuazo hatte bereits vor Wochen rechtsorientierte Kreise beschuldigt, die allgemeine Unzufriedenheit aufgrund der schweren Wirtschaftssituation zur Destabilisierung auszunutzen. Ob die Maßnahmen der Regierung stabilisierend wirken, darf indes angezweifelt werden.



Frauen bei der großen Protestdemonstration gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung

Mobilmachung im Sudan

Reagan unterstützt Numeiri

Einen Tag bevor der sudanesische Staatspräsident Numeiri Ende November zu seinem Waffen- und Geldgeber Ronald Reagan nach Washington fuhr, wurde im Sudan die Armee mobilgemacht. Begründung: Übergriffe, Angriffe und Truppenaufmärsche an der sudanesisch-äthiopischen Grenze.

Äthiopien hat energisch dementiert. War das also nur ein Manöver des sudanesischen Staatspräsidenten, um mal wieder an mehr Waffen und mehr Geld für sein desolates Staatswesen zu kommen? Noch im März hatte sich ein sudanesischer Politiker gegenüber der britischen Zeitung „Guardian" so geäußert: *„Die Behauptung einer Bedrohung von außen ist ein bequemes Thema Numeiris. Das letzte Mal, als wir Libyen beschuldigten, militärische Angriffe gegen den Sudan zu planen, haben die USA alle Waffen ins Land gepumpt, die wir von ihnen forderten."* So ähnlich scheint die Situation im Falle der angeblichen Bedrohung durch Äthiopien auch zu sein.

Nur, und das ist wichtig, steht der Staatspräsident Numeiri trotzdem unter Druck, braucht er Hilfe aus den USA. Die bisherige Hilfe, 200 Millionen Dollar jährliche Wirtschaftshilfe und dazu 50 Millionen Dollar Militärhilfe reicht nicht mehr, um sein Regime gegen die wachsende Opposition im Lande zu verteidigen. Numeiri, dem in Washington wieder versichert wurde, er sei ein „echter Freund des Westens", soll jetzt verstärkt von Washington unterstützt werden.

Numeiri hat große innenpolitische Schwierigkeiten. Schon immer fühlte sich der Süden des Landes vom Norden diskriminiert, unterdrückt und ausgebeutet. Nach 17jährigem Bürgerkrieg wurde im Jahre 1972 der Konflikt zwischen Norden und Süden durch ein gemeinsames Abkommen scheinbar gelöst. Scheinbar, denn seitdem werden vom Numeiri Stück für Stück die vereinbarten Punkte gebrochen.

So wurden und werden entgegen den Abmachungen immer mehr Soldaten aus dem Norden im Südsudan stationiert. Die ertragreichen Erdölfunde im Süden werden im Norden verarbeitet, die Erträge aus dem Öl fließen nicht in den Süden zurück.

Kürzlich erst wurde von Numeiri für den gesamten Sudan, also auch für den hauptsächlich christlichen Süden, das alte islamische Recht wiedereingeführt. Vom Hände abhacken bis Frauen auspeitschen bietet es alles, was das Mittelalter je hervorgebracht hatte. Nicht nur die reaktionäre Justiz als solche, sondern vor allem auch die Anwendung der Regelung einer Glaubensgemeinschaft für alle Sudanesen empört viele Menschen.

So kämpft auch schon wieder seit längerem eine Befreiungsfront im Südsudan. Nach der früheren Befreiungsfront Anyanya, die sich nach dem erwähnten Vertrag auflöste, nennt sie sich Anyanya II. Bekanntgeworden ist sie hier vor allem durch die vorübergehende Festnahme ausländischer Techniker, die sie nur als Helfer der Pläne des Staatspräsidenten ansieht. In letzter Zeit hat Anyanya II aber immer stärkere militärische Kraft gewonnen, ist eine reale Bedrohung für Numeiri geworden.

Der spielt in Washington nun vor allem die strategisch wichtige Lage seines Landes aus. Als Bastion des US-Imperialismus zwischen Libyen und Äthiopien, als Einmarschgebiet nach Schwarzafrika stellt er sein Land den US-Imperialisten zur Verfügung und erwartet dafür Hilfe gegen die Rebellen, Waffen und Dollar für sein Unterdrückungsregime.



Druckerstreik für Gewerkschaftsrechte

LONDON. — Ein zeitungsloses Wochenende in England machte auf einen wichtigen Arbeitskampf aufmerksam. Die 131000 Mitglieder der Druckergewerkschaft NGA (National Graphical Association) legten am vergangenen Wochenende die Arbeit nieder. Die Zeitungsverleger drohten der Gewerkschaft mit Schadensersatzklagen in Millionenhöhe und wollen jeden Drucker entlassen, der in dieser Woche nicht wieder zu arbeiten beginnt.

Hintergrund dieses Streiks ist eine generelle Auseinandersetzung zwischen Gewerkschaften und Kapitalisten wegen der neuen Gewerkschaftsgesetze der Regierung Thatcher.

Dieser Konflikt wurde bei einem kleinen Anzeigenblättchen in der Provinz ausgelöst. Dort sollten sechs Drukker entlassen werden. Die Gewerkschaft NGA organisierte Flugblattverteiler, die vor das Gelände des kleinen Verlages gingen und in der letzten Woche dann auch die Auslieferung der Zeitung verhinderten. Das aber ist in Britannien nach den Gewerkschaftsgesetzen der rechten Regierung seit 1980 bzw. 1982 verboten. Gewerkschaftsmitglieder, die nicht in dem Betrieb arbeiten, dürfen sich danach nicht an solchen Aktionen beteiligen.

Der Verleger der betroffenen Zeitung erwirkte vor Gericht die Verhängung einer Geldstrafe von umgerechnet 200000 DM gegen die Gewerkschaft. Als die NGA sich weigerte, diese Strafe zu zahlen, wurde sie zu einer weiteren Geldstrafe von 400000 DM verdonnert, und der gesamte Besitz der Gewerkschaft (im Wert von rund 45 Millionen DM) wurde beschlagnahmt, um die Strafen und Prozeßkosten abzusichern. Das alles war nach den neuen Gesetzen möglich, die Gewerkschaft haftet für „illegale" Aktionen ihrer Mitglieder, die Gewerkschaftsführer können dafür in Haft genommen werden.

Noch vor dem endgültigen Spruch des Gerichts hatten aber Mitarbeiter der Gewerkschaftszentrale wertvolle Unterlagen und Geräte aus der Zentrale in London weggeschafft und im ganzen Land legten NGA-Mitglieder spontan die Arbeit nieder. Der Zeitungsverlegerverband kündigte daraufhin an, jede einzelne der betroffenen Zeitungen werde nunmehr die Gewerkschaft auf je eine Million DM Schadenersatz verklagen. Sprecher der NGA sehen in diesem Kampf der Verleger den eindeutigen Versuch, die Gewerkschaft für alle Mal loszuwerden und zu zerstören.

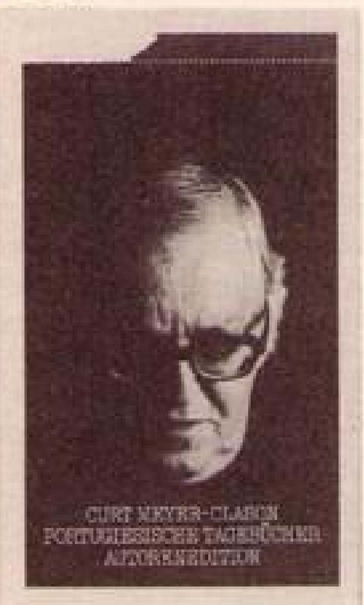
Andere Gewerkschaften, wie etwa die der öffentlichen Angestellten versprachen der bedrohten NGA sofort finanzielle Hilfe. Die Führung des Gewerkschaftsbundes und Labour-Politiker ließen aber schon erkennen, daß sie den „Gesetzesverstoß der Drukker für politisch riskant" hielten. Der Arbeitskampf kann zu einer ersten harten Kraftprobe um die neuen Gewerkschaftsgesetzgebung der konservativen Regierung werden.

Geschenktips für Weihnachten

Zwei aktuelle Gründe machen das folgende Buch über seine literarische Qualität hinaus lesenswert. Im Frühjahr jährt sich zum 10. Mal die April-Revolution in Portugal — die der Autor miterlebt hat. Als Leiter des Goethe-Instituts in Lissabon, eben jener Einrichtung, die im Moment von CDU- und CSU-Kreisen unter Druck gesetzt wird, die auch im Ausland ein rechtskonservatives Deutschland-Bild „verkaufen soll". Zum Buch: Curt Meyer Clason, bekannt als Übersetzer des Literaturnobelpreisträgers Marquez und anderer lateinamerikanischer Autoren, hat von 1969 bis 1976 als Leiter des Goethe-Instituts in Portugal gelebt und gearbeitet, und über diese Zeit ein literarisches Tagebuch geführt.

Curt Meyer Clason sah den Sinn seiner Tätigkeit darin, „Grenzüberschreitungen, Austausch, Zwiesprache über politische und diplomatische Schranken und Einengungen hinweg" zu führen. Wie das gelang, zeigen die portugiesischen Tagebücher, die nicht nur ein dichtes Bild Portugals in diesen Jahren wiedergeben, sondern auch viel von der offiziellen Kultusbürokratie, den Versuchen der Einflußnahme, des Drucks der Politiker auf das Goethe-Institut.

Das Buch war früher nur für viel Geld bei der Autoren-Edition zu haben. Da der Verlag zur Zeit seine Bücher über 2001 vertreibt, bekommt man den dicken Wälzer dort z.Z. für 15,— DM.



Curt Meyer Clason, Portugiesische Tagebücher, Autoren-Edition / 2001, 417 Seiten, Leinen, 15,— DM.

---

725 Seiten packende albanische Geschichte in Romanform: Der Roman „Skanderbeg" von Sabri Godo. Es geht um die für ganz Europa entscheidende Epoche im 15. Jahrhundert, als das Osmanische Reich sich vehement nach Norden ausdehnte. Geschildert wird der Kampf des albanischen Volkes um seine Freiheit, ein Kampf, der eng verbunden ist mit dem Namen eines legendären Helden: Georg Kastrioti Skanderbeg. In dem langjährigen Kampf wurde der Name Skanderbeg zum Begriff für eine ganze Epoche der albanischen Geschichte.

Der Roman ist nicht nur spannend und informativ, sondern vermittelt auch einen guten Einblick in die Sichtweise der Albaner, verdeutlicht ihr Verhältnis zu ihrer Geschichte, zu ihrer Nation und zeigt die Einschätzung der Albaner zur Rolle der Helden in historischen Prozessen.



Sabri Godo, Skanderbeg, Verlag 8. Nëntori, Tirana, 1983, 725 Seiten, gebunden, 18,— DM, zu bestellen bei: Verlag Roter Morgen, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30

Peggy Parnass, politische Journalistin und Schriftstellerin, die wohl engagierteste Gerichtsreporterin der BRD (siehe ihr Buch Prozesse 1970 — 1978, Verlag 2001, 1978) hat jetzt einen Band mit einer Auswahl ihrer verschiedensten Arbeiten herausgegeben. Sie selbst schreibt dazu: *„Ein politisches Buch? Gerichtsreportagen — Kindheit — Frauenthemen — Sexualität: ein Querschnitt meiner Arbeit als Kolumnistin. Hab sehr gezögert, all dies in einem Buch zu mischen. Bis mir aufging, daß schließlich all diese Themen ja auch in mir gemischt sind.*

Hab gemerkt, daß alles, was mich intensiv berührt, auch andere nicht kalt läßt. Politisch ist für mich jedes Thema. Sowieso."

Ein Buch, das hält, was der Titel verspricht: es geht unter die Haut.



Peggy Parnass, Unter die Haut, konkret Literatur Verlag, 238 Seiten

---

Von Heinrich Mann ist jetzt, 50 Jahre nach Hitlers Machtergreifung, 50 Jahre nach der Bücherverbrennung eine Essay-Sammlung aus dem Jahre 1933 erschienen. Titel „Der Hass". Diese Artikel waren die ersten Arbeiten des streitbaren Humanisten im Exil. Sie enthalten scharfe Anklagen, Mahnungen, Satiren über Hitler-Deutschland, enthalten erste Analysen über das, was sich damals in Deutschland tat. Sie sind, wie Lion Feuchtwanger schrieb, Zeugnisse eines „militanten Humanismus".

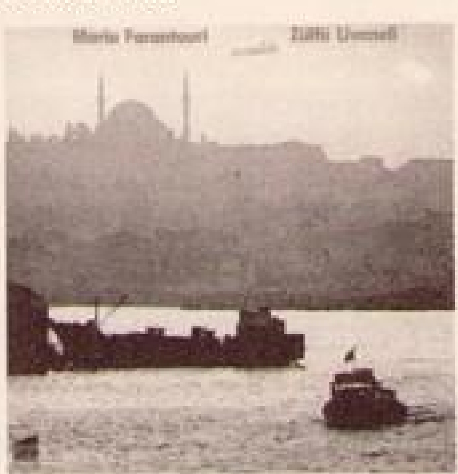
Von den bekannten kommunistischen Autoren der damaligen Zeit wie W. Bredel oder Johannes Becher noch argwöhnisch betrachtet, lassen sich in diesen Essays schon ganz deutlich die Ansätze erkennen, die Heinrich Mann noch im hohen Alter auf die Positionen der Arbeiterklasse und des Sozialismus brachten, die ihn zum wichtigsten Dichter des antifaschistischen Exils machten.

Heinrich Mann, Der Hass, Aufbau Verlag, Berlin und Weimar 1983, 206 Seiten, Leinen, 7,50 DM.

Leider auch aktuelle politische Bezüge hat die Schallplatte, die wir empfehlen wollen. Durch den Zypern-Konflikt gibt es sicher wieder Erscheinungen der „traditionellen Erbfeindschaft" zwischen Griechen und Türken. Das genaue Gegenteil, Freundschaft und Zusammenarbeit, haben zwei prominente, populäre Künstler aus diesen beiden Ländern praktiziert, ein Ergebnis ist diese Schallplatte: Maria Farantouri und Zülfü Livaneli spielen und singen zusammen.

Die Farantouri sang schon seit Jahren Lieder des Türken Livaneli. Seit 1979 treten sie auch gemeinsam auf. Nach zwei Konzerten in Istanbul folgten Auftritte in Athen und eine Tournee durch die griechische Inselwelt. Im Dezember 1981 wurde die Platte aufgenommen. Ein türkisch-griechisches Orchester begleitet die beiden Künstler. Bereits kurz nach ihrem Erscheinen erhielt die LP den Titel „Platte des Jahres" von der offiziellen griechischen Athener Nachrichtenagentur und wurde schnell bestverkaufte LP Griechenlands. Ind er griechischen Presse wurde sie in hunderten durchweg positiven Besprechungen begrüßt als eine „neue Ära der griechischen Musik", als ein „neuer Klang".

Der Platte, mit Liedern Livanelis nach Texten u.a. von Nazim Hikmet und Filmmusik aus „Die Herde" von Güney, hervorragend vorgetragen von Maria Farantouri, liegen die Texte in griechisch, türkisch und deutsch bei.

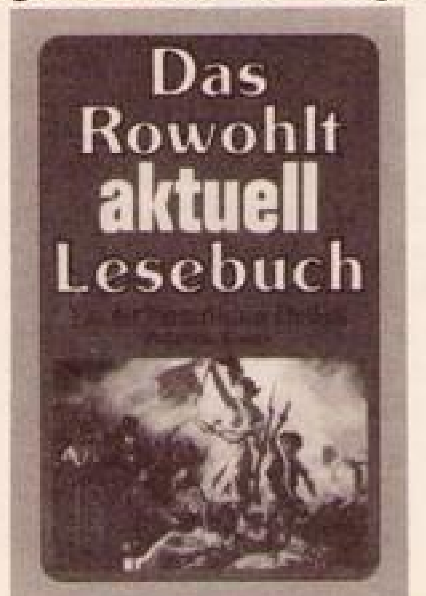


Maria Farantouri, Zülfü Livaneli, Ensemble, Pläne 88332, 19,— DM.



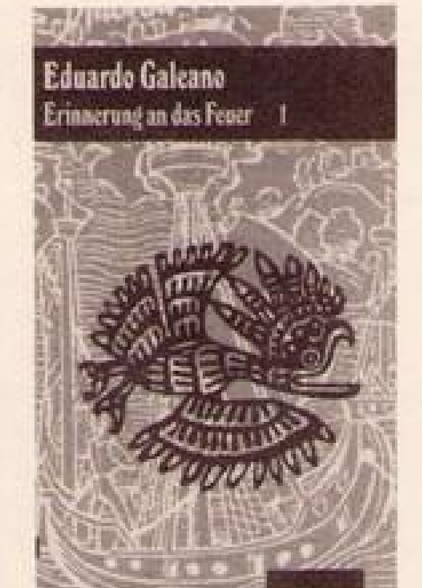
In diesem Jahr wurde der Rowohlt Verlag 75 Jahre. Wegen dieses Jubiläums gibt es eine neue Reihe, die Taschenbuchreihe Lesebuch. Aus den verschiedensten Taschenbuchreihen des rororo Verlages sind dicke Sammelbände zusammengestellt worden, die für erstaunliche 6,80 DM zu haben sind.

Besonders hervorheben wollen wir zwei Bände. Das Rowohlt aktuell Lesebuch — Von bürgerlicher Freiheit — Politische Essays, und das Rowohlt panther Lesebuch, eine Zusammenstellung aus der engagierten Jugendbuchreihe des Verlages.



Das Rowohlt aktuell Lesebuch rororo 5208 und Das Rowohlt panther Lesebuch rororo 5202, Preis je 6,80 DM.

Eduardo Gealeano aus Uruguay, der schon vor Jahren ein erstaunliches Geschichtsbuch, ein Standardwerk zur Geschichte Lateinamerikas vorgelegt hat, (Die offenen Adern Lateinamerikas — Die Geschichte eines Kontinents von der Entdeckung bis zur Gegenwart, Hammer Verlag) hat jetzt den ersten, einer auf drei Bände konzipierten neu erzählten Geschichte Lateinamerikas vorgelegt. „Geburten — Erinnerungen an das Feuer". Ein ganzes Buch ausschließlich mit Dokumenten, Sagen, Berichten, Legenden, Erzählungen, Überlieferungen über das vorkolumbianische „nicht entdeckte" Südamerika und über die Zeit bis 1700.



Erinnerungen an das Feuer ist ein literarischer Glücksfall, eine neue Form von Geschichtsschreibung, die nicht nur die Quellen von Geschichte und Mythen Amerikas jedermann zugänglich macht, sondern auch Geist, Atem und Dramatik dieser Epoche vermittelt. Wer den ersten Band dieses auf drei Bände angelegten Werkes liest, bekommt eine Ahnung von den Wurzeln, aus denen größte kulturelle Leistungen ebenso wuchsen wie brutale Diktaturen, hoffnungslose Abhängigkeiten und leidenschaftliche Befreiungskämpfe.

Eduardo Galeano, Erinnerungen an das Feuer I Geburten, Hammer Verlag Wuppertal, 366 Seiten, 22,80 DM.

„Unruhiges Requiem", Walter Mossmanns letzte Platte mit nur vier Stücken ist eine der positivsten Neuerscheinungen innerhalb der politischen Musikkultur in der BRD, die sich, scheint's, fast ausschließlich nur noch um Friedensgesänge dreht. „Unruhiges Requiem", das Titelstück der Platte, ist über 20 Minuten lang und schildert Mossmanns Reaktionen, Überlegungen und Aktionen, nachdem er die Nachricht vom Tod des deutschen Arztes Tonio Pflaum in Nicaragua erhalten hat. Mossmann verfolgt die Spuren von Nicaragua über Washington nach Bonn, sinnt und spricht über das, was ihn bewegt.



Text und Musik wurden von Heiner Goebbels bearbeitet. Heiner Goebbels, Tontechnik im besten Sinne des Wortes, hat die Aufnahme von Walter Mossmann mit Musikkollagen, Geräuschen und Toneffekten unterstrichen, verdeutlicht, und aggressiv gestaltet. Heiner Goebbels, der schon 1981 mit der Tonbandaufnahme einer Verhaftung während einer Demonstration, als ein Zivilbulle mit der Waffe einen Demonstranten verhaftete, eine beeindruckende Situationsschilderung auf eine Platte brachte (Berlin-Q-Damm, riskant-Label 4003) dieser Heiner Goebbels hat mit dazu beigetragen, daß „Unruhiges Requiem" nicht eine traurige Ballade im Klampfensound geworden ist, sondern eine große Anklage, die bewegt.

Auf der zweiten Seite der Platte drei Lieder, „Wechselbad" nennt sie Walter Mossmann. Da ist die „Serenata Serena", die gelassene Serenade, ein Liebeslied. Dann „Fehlanzeige", Nachruf auf einen Achtundsechziger, der, wie es im Text heißt, „am täglichen Leben kein Interesse mehr hat" und Selbstmord begeht. Dazu schreibt Mossmann: „Ich dachte zuerst, das würde ein Lied über einen bestimmten Fall werden. Ist es aber nicht. Vielleicht ist diese Art von kalter Verzweiflung generationstypisch, ich weiß es nicht. Ich habe jedenfalls festgestellt, daß ich sie besser kenne, als mir lieb ist." Das dritte Lied auf der Seite der Platte „Die Romanze von der Johanna Arg" ist die Geschichte einer Frau zwischen der Pariser Julirevolution von 1830 und der Märzrevolution 1848.

Walter Mossmann/Heiner Goebbels „Unruhiges Requiem", Trikont, Unsere Stimme, US-0113, 19,— DM.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1**, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Mir - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1**, Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.),Fr. 17 - 19 Uhr

4100 **Duisburg 12**, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: (0203) 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffent: Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 60**, Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnéstr. 13, Tel.: (0611) 491918.

2000 **Hamburg 6**, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

3000 **Hannover 91**, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzkyring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel 1**, Bücherbörse Karola Firzlaff, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30**, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37 a, Tel.: (0221) 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

5090 **Leverkusen 3**, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: (0621) 523966.

7000 **Stuttgart 1**, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: (030) 4653966, geöffnet: Mo + Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.